



IHK-Energiewende-Barometer 2012: Noch überwiegt die Skepsis

Fakten | Trends | Forderungen



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Mit dem „Energiewende-Barometer“ stellt der DIHK die Auswertung der Ergebnisse dreier Umfragen vor:

- einer Online-Unternehmensbefragung, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben,
- einer Online-Umfrage bei den Energieexperten in den Industrie- und Handelskammern sowie
- einer Umfrage unter den sogenannten IHK-Federführern Energie in den 16 Bundesländern. Sie koordinieren die energiepolitische Arbeit der IHKs in den jeweiligen Bundesländern.

Grundlage der Auswertung der Unternehmensbefragung sind 2.307 Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (38 Prozent), Bauwirtschaft (vier Prozent), Handel (18 Prozent) und Dienstleistungen (41 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 14 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 35 Prozent aus dem Westen, zu 18 Prozent aus dem Osten und zu 34 Prozent aus dem Süden. Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Umfrage bei den Unternehmen fand vom 9. bis 19. Oktober 2012 statt.

Die Befragung der IHK-Energieexperten und die Federführer-Umfrage fanden vom 15. bis 26. Oktober 2012 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. Ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2012
Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Dr. Hermann Hüwels, Dr. Sebastian Bolay, Jakob Flechtner, Corinna Grajetzky

Berlin, Dezember 2012

INHALTSVERZEICHNIS

1 Das Wichtigste in Kürze	2
2 Wozu das Energiewende-Barometer der IHK-Organisation dient	4
3 Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit – bislang überwiegt die Skepsis	5
4 Energiepreise: Anstieg und kein Ende?	10
5 Versorgungssicherheit: Risikofaktor für viele Unternehmen	18
6 Energieeffizienz: Ein Schlüssel zum Erfolg	23
7 Energiewende: Vorteil für Unternehmen im Wettbewerb?	29
8 Sechzehn Bundesländer – eine Energiewende?	32
9 Netzausbau, Kosten, Koordinierung: Daran sollte die Politik arbeiten	35

1 Das Wichtigste in Kürze

1. Die deutsche Wirtschaft sieht die Energiewende derzeit eher skeptisch

- Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) bewerten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2012 mit **-12,5**.
- Die Chancen der Energiewende wie die Erschließung neuer Geschäftsfelder und Absatzmärkte wiegen die Risiken wie Preisanstiege und Sorgen um die Versorgungssicherheit nicht auf.



2. Chancen und Risiken zwischen Regionen und Branchen ungleich verteilt

- Bedenklich ist: Die Hälfte der Industriebetriebe verbindet mit der Energiewende einen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit. Dem stehen zwölf Prozent mit einer positiven oder sehr positiven Bewertung gegenüber. Das Ergebnis entspricht einem Wert von **-26,5** auf dem Barometer, dem geringsten Wert aller Branchen. Jeder fünfte Betrieb macht sich zumindest Gedanken über eine Einschränkung der inländischen Produktion.
- Auch im Baugewerbe (-7,5), im Handel (-20) und im Dienstleistungsbereich (-4) fällt die Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit aktuell insgesamt negativ aus.
- Die Energiewende wirkt sich in den Regionen unterschiedlich aus. Während sich im Norden die Gewinner und Verlierer fast die Waage halten (Barometerwert -2), werden die Folgen im Süden bereits sehr viel negativer eingeschätzt (-11). Schwer wiegende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit sehen vor allem Unternehmen im Westen (-15) und im Osten (-19,5).
- Der Mittelstand bewertet die Energiewende mit **-19** (20-249 Mitarbeiter) bzw. **-16** (250-499 Mitarbeiter) am schlechtesten. Klein- und Großunternehmen schätzen sie deutlich positiver ein.

3. Unternehmen optimieren ihren Strombezug und -einsatz

- Immer mehr Unternehmen machen sich über einen strategischen Energiebezug und einen besseren Energieeinsatz im Betrieb Gedanken. So hat bereits die Hälfte den Energieversorger gewechselt oder erwägt einen solchen Schritt; drei von fünf Unternehmen setzen auf langfristige Lieferverträge oder bereiten dies vor.
- Viele Unternehmen interessieren sich dafür, aus welcher Quelle ihre Energie stammt: 35 Prozent beziehen erneuerbare Energien oder planen dies. Trotz der Debatte um die EEG-Umlage lehnt die Wirtschaft regenerative Energien keineswegs ab. Im Gegenteil, es scheint sich zunehmend eine konkrete Nachfrage für Erneuerbare zu entwickeln.
- Eigenerzeugung ist en vogue: Jedes zehnte Unternehmen hat bereits konventionelle und/oder erneuerbare Kapazitäten aufgebaut, ein Viertel ist dabei oder

- überlegt sich diesen Schritt. Eigenerzeugung erfolgt deutlich häufiger aus erneuerbaren Energien als aus konventionellen Quellen.
- Mit 76 Prozent ist die Steigerung der Energieeffizienz die Maßnahme Nummer eins für die Unternehmen. Die Nachteile der hohen Energiepreise in Deutschland versuchen die Unternehmen durch einen sparsameren Umgang zumindest teilweise wieder wett zu machen. Viele Wege führen dabei zum Ziel: Von der Mitarbeiterqualifikation über die Einführung eines Managementsystems bis hin zur Teilnahme an Effizienznetzwerken sind die Unternehmen aktiv.

4. Versorgungsunterbrechungen sind teure Realität

- Angesichts der wachsenden Anforderungen an die Netze sind die Unternehmen geteilter Meinung über die Qualität der öffentlichen Energieversorgung: Mehr als jedes fünfte Unternehmen sagt, dass die Bedeutung von Störungen bei der Stromversorgung zugenommen hat, für jedes zehnte Unternehmen hat sie sich verbessert.
- In 17 Prozent der Betriebe gab es in den letzten zwölf Monaten Stromausfälle unter drei Minuten, also solche, die von der amtlichen Statistik nicht erfasst werden. Ausfälle über drei Minuten wurden von zwölf Prozent der Unternehmen verzeichnet. Störungen der Gasversorgung sind mit einem Prozent hingegen selten anzutreffen.
- In jedem zehnten Betrieb kam es aufgrund von Problemen mit der Strom- oder Gasversorgung zu Schäden an der Produktion. Bereits ein kurzer Ausfall verursacht für ein Unternehmen einen durchschnittlichen Schaden von 10.000 Euro. Aufgrund der potentiellen Schadenshöhen überrascht es nicht, dass sich 43 Prozent gegen Stromausfälle absichert bzw. dies plant.

5. Die Wirtschaft fordert: Netzausbau, Belastungen senken und bessere Koordination der Energiewende

- Versorgungssicherheit ist für die Unternehmen das Top-Thema: Folgerichtig fordern knapp 80 Prozent von der Politik, sich stärker für den Netzausbau einzusetzen. Ein wichtiger Baustein dafür ist, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. 65 Prozent der Unternehmen und 80 Prozent der IHK-Energieexperten fordern die Politik daher auf, in diesem Bereich Maßnahmen zu ergreifen.
- Die Höhe der Energiekosten und insbesondere die Stromkosten belasten die Wirtschaft. Mit 61 bzw. 82 Prozent erreicht die Forderung nach Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis den Silberrang der geforderten Maßnahmen sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Energieexperten der IHKs. Die staatlichen Belastungen der Strompreise sind für Unternehmen und private Haushalte seit der Liberalisierung 1998 von etwa zwei auf über 30 Mrd. Euro gestiegen. Mit der Stromsteuer hat die Bundesregierung einen Hebel, den Kostenanstieg 2013 zu dämpfen.
- Zwei Drittel der Unternehmen haben derzeit das Gefühl, dass die Abstimmung der politischen Ziele und Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung aber auch zwischen den Bundesländern sowie zwischen Bund und Ländern verbessert werden muss. Die Politik ist aufgerufen, die Energiewende als das postulierte Gemeinschaftswerk anzugehen.

2 Wozu das Energiewende-Barometer der IHK-Organisation dient

Die ganze Welt schaut auf die deutsche Energiewende. Bei der Einschätzung dieses Projekts im Ausland gehen die Bewertungen aber deutlich auseinander¹: Knapp jede zweite Auslandshandelskammer (AHK)² berichtet, dass der Kernenergieausstieg in Deutschland an ihrem Standort als Sonderweg wahrgenommen wird. Gleichzeitig sagen 40 Prozent der AHKs aber auch, dass die Entscheidung als Beispiel für die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik im jeweiligen Land dient. Deutschland ist also eine Art Versuchslabor für den Aufbau eines kernenergiefreien und CO₂-armen Energiesystems. Es besteht daher erheblicher Druck, die Energiewende zu schaffen – für die Politik, aber auch für die Wirtschaft.

Die Energiewende ist ein hochkomplexes Projekt mit ehrgeizigen Zielen. Sie hat den Anspruch, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu bestimmen. Zugleich hängt die Zukunft des Wirtschaftsstandortes von ihrem Gelingen ab. Manche Ziele werden aus heutiger Sicht übererfüllt (Ausbau der erneuerbaren Energien), andere deutlich verfehlt (Netzausbau, Anpassung des Kraftwerksparks). Das Postulat, dass die Strompreise wettbewerbsfähig bleiben, erfüllt sich nicht. Die Energiewende ist in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst ein politisches Projekt, das durch Gesetze und Verordnungen gestaltet wird. Der Umbau des gesamten Energiesystems findet aber in den Regionen und in den Unternehmen statt. Hier zeigt sich, ob Anspruch und Wirklichkeit der Energiewende übereinstimmen und welche Nachjustierungen des Projekts erforderlich sind. Deshalb befragt der DIHK einmal jährlich Unternehmen und IHK-Experten nach ihren Einschätzungen zu Fortschritten und Defiziten.

Dieses erste Energiewende-Barometer beruht auf einem Fragenkatalog zu Energiepreisen, -einsatz und -versorgung, zu Maßnahmen, mit denen die Unternehmen auf die Folgen der Energiewende reagieren, und zu den Forderungen der Wirtschaft an die Politik. Soweit nach Energiepreisen gefragt wird, reflektieren die Antworten auch Entwicklungen auf den Weltmärkten für Öl und Gas, auf die die deutsche Energiewende keinen direkten Einfluss hat. Beides steht aber dennoch in enger Beziehung, da die Energiewende die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern und deren Preiskapriolen senken soll. An der Umfrage aus dem Oktober 2012 haben sich insgesamt 2.307 Unternehmen beteiligt.

¹ Sonderauswertung zum AHK-Weltkonjunkturbericht 2012/2013: Energie und Rohstoffe.

² Deutsche Auslandshandelskammern gibt es in allen Ländern, die für die deutsche Wirtschaft von besonderem Interesse sind. AHKs erfüllen drei Funktionen an Ihren Standorten. Sie sind offizielle Vertretungen der Deutschen Wirtschaft, Mitgliederorganisationen für Unternehmen und Dienstleister für Unternehmen.

3 Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit – bislang überwiegt die Skepsis

Wirtschaftliche Wertschöpfung ist die Grundlage für den Wohlstand in Deutschland. Nur wenn deutsche Unternehmen zu konkurrenzfähigen Preisen und Qualitäten sowohl auf dem heimischen als auch auf dem globalen Markt bestehen können, werden sie am Standort Deutschland weiter produzieren und ihre Dienstleistungen entwickeln können. Eine sichere Energieversorgung zu wirtschaftlichen Preisen ist dafür eine Grundvoraussetzung.

Die Energiewende wirkt sich auf vielfältige Weise auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus: Steigende Stromkosten und wachsende Risiken bei der Versorgungssicherheit belasten viele Betriebe (vgl. Kapitel 4 und 5). Die Ausrichtung der Energiepolitik auf mehr erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz eröffnet für viele Unternehmen aber auch die Chance, neue Geschäftsfelder zu entwickeln (vgl. Kapitel 7). Risiken und Chancen müssen sich zumindest die Waage halten, sonst verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland an Attraktivität. Hier zeigt sich das Gelingen oder Misslingen der Energiewende.

Nach Einschätzung der Unternehmen gleichen sich Risiken und Chancen bisher nicht aus. Im Gegenteil: Für ein Drittel wirkt sich die Energiewende bislang sehr negativ (acht Prozent) oder negativ (26 Prozent) auf die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens aus. Dem stehen 4 Prozent mit einer sehr positiven Bewertung und zehn Prozent mit einer positiven Bewertung gegenüber. Etwas weniger als die Hälfte der Unternehmen (46 Prozent) bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf ihr Unternehmen als neutral.

Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis 100 (alle „sehr positiv“) liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Jahr 2012 bei **-12,5**.³ Ziel für die Zukunft muss es sein, einen Wert mit positivem Vorzeichen zu erreichen, weil dann die Energiewende mehr Chancen als Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufweist. Kurzfristiges Ziel ist ein Wert nahe Null auf dem Energiewende-Barometer, da sich dann Chancen und Risiken für die deutsche Wirtschaft zumindest die Waage halten.



Abbildung 1: DIHK-Energiewende-Barometer.

³ Der Wert beruht auf den Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet.

Die Energieexperten der IHKs bewerten die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mit -11,5 auf dem Energiewende-Barometer in gleicher Weise wie die Unternehmen (vgl. Abbildung 20).

Industrie sieht sich als Verlierer der Energiewende

Deutlich schlechter bewertet die Industrie das Projekt Energiewende. Die Hälfte der Unternehmen sieht einen Rückgang ihrer Wettbewerbsfähigkeit: 36 Prozent bewerten die Auswirkungen als negativ, 15 Prozent sogar als sehr negativ. Dem stehen neun Prozent mit einer positiven und drei Prozent mit einer sehr positiven Bewertung gegenüber. Nur etwa ein Drittel der Unternehmen (33 Prozent) nehmen eine neutrale Bewertung vor. Das Ergebnis entspricht einem Wert von **-26,5** auf dem Energiewendebarometer. Industriebetriebe haben einen höheren Energieeinsatz als Betriebe in anderen Branchen; Preissteigerungen wirken sich daher gravierender aus. Das ist ein wesentlicher Grund für die negative Bewertung.

Die besonders negative Bewertung durch die Industrie ist besorgniserregend. Das produzierende Gewerbe hatte 2011 einen Anteil von 26 Prozent am gesamten Bruttoinlandsprodukt⁴. Hinzu kommt ein hoher Anteil Wirtschaftsleistungen insbesondere bei den Dienstleistungen, der in direktem Zusammenhang mit der industriellen Produktion in Deutschland steht. Die starke Industrie hatte einen maßgeblichen Anteil daran, dass sich die deutsche Wirtschaft weit schneller von der Wirtschaftskrise 2008/2009 erholt hat als die in den meisten anderen EU-Ländern.

Bezeichnend ist auch der mit 33 Prozent geringe Anteil an Industrieunternehmen, die die Energiewende für ihr Geschäft neutral oder besser bewerten. Über alle Branchen hinweg liegt dieser Anteil bei 46 Prozent. Hierin zeigt sich nicht nur die hohe Betroffenheit der Industrie, sondern auch die Notwendigkeit struktureller Anpassungen an steigende Strompreise und eine als schlechter geworden empfundene Versorgung. Die Nachfrage von Produkten verschiebt sich aufgrund der steigenden Energiekosten, die an die Abnehmer weitergegeben werden, Investitionen in eigene Energieversorgungskapazitäten und Effizienztechnologien sind zu tätigen, Lieferverträge neu auszuhandeln. Solche Maßnahmen führen weite Teile der Industrie bereits durch (vgl. Kapitel 6), sie sind allerdings mit erheblichem Aufwand verbunden. Nicht alle Unternehmen haben die entsprechenden Kapazitäten, an manchen Stellen sind auch technische Grenzen für Effizienzsteigerungen erreicht. Wenn Maßnahmen zur Abfederung gestiegener Strompreise am Standort Deutschland ausgeschöpft sind, macht sich ein Industriebetrieb Gedanken, ob er die Produktion verlagern oder einschränken muss.

Auch Bau, Handel und Dienstleistungsunternehmen sehen mehr Schatten als Licht

Nicht nur in der Industrie, auch in den drei anderen Branchen fällt die Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit 2012 negativ aus. Die Werte des Energiebarometers liegen für den Handel bei -20, in der Baubranche bei -7,5 und in der Dienstleistungsbranche bei -4.

⁴ Ohne Bauindustrie.

Dem Handel machen die hohen Strompreise zu schaffen. Hohe Energieverbräuche entstehen für Einzelhändler bei der Beheizung und Beleuchtung von Ladenlokalen und insbesondere bei der Kühlung von Lebensmitteln. Aufgrund hoher Konkurrenz sind die Margen ohnehin gering, Kostenerhöhungen können nur schwer an die Verbraucher weitergereicht werden. Geringe Eigenkapitalquoten schränken für viele Unternehmen zudem Investitionen in Effizienz ein, z. B. in neue Kühltechnik. Der Anteil der Handelsunternehmen, die Maßnahmen zur Weitergabe der zusätzlichen Energiekosten an ihre Kunden umgesetzt haben oder aktuell durchführen, ist mit insgesamt 14 Prozent entsprechend gering im Vergleich zu anderen Branchen (vgl. Kapitel 7). Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass 30 Prozent der Unternehmen aus dem Handel die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit negativ bewerten. Zusätzlich sieben Prozent bewerten sie sogar als sehr negativ. Auf der anderen Seite kann der Handel bisher kaum von der Energiewende profitieren. Nur fünf Prozent sehen positive, nur zwei Prozent sehr positive Auswirkungen.

Auch für die Baubranche stellen die hohen Strompreise eine Belastung dar. Mit etwas weniger als einem Drittel (26 Prozent „negativ“, fünf Prozent „sehr negativ“) liegt der Anteil der Unternehmen, für die sich die Energiewende negativ auswirkt, niedriger als im Durchschnitt der Wirtschaft. Dennoch erreicht der Anteil der Unternehmen, die für sich eine positive Bilanz der Energiewende ziehen, mit 14 Prozent „sehr positiv“ und vier Prozent „positiv“ den Spitzenwert im Branchenvergleich. Vor allem in den Feldern Infrastrukturausbau und Gebäudesanierung sieht die Branche neue Wachstumschancen.

Im Vergleich zu den anderen Branchen bewertet die Dienstleistungsbranche die Energiewende derzeit am besten – wenn auch der Barometerwert mit -4 negativ ist. Für viele Unternehmen dieser Branche hat die Energiewende z. B. aufgrund niedriger Energiekosten keine oder geringe Relevanz: So liegt der Anteil der Unternehmen mit neutraler Bewertung mit 53 Prozent höher als in allen anderen Wirtschaftszweigen. Aber auch hier sehen ein Viertel der Unternehmen einen negativen Einfluss auf ihre Wettbewerbsfähigkeit (20 Prozent „negativ“, fünf Prozent „sehr negativ“). Dem stehen insgesamt 17 Prozent mit einer positiven oder sehr positiven Bewertung gegenüber.

Chancen und Risiken in den Regionen ungleich verteilt

Ein Blick in die Regionen Deutschlands zeigt, dass sich die Energiewende je nach Standort unterschiedlich auswirkt. Während sich im Norden die Gewinner und Verlierer fast die Waage halten (Barometerwert -2), werden die Folgen der Energiewende im Süden bereits sehr viel negativer eingeschätzt (-11). Schwer wiegende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit hat die Energiewende aber vor allem im Westen (-15) und im Osten, wo die durchschnittliche Bewertung sogar bei -19,5 liegt. Gemeinsam ist allen Regionen: Weniger als jedes zehnte Unternehmen bewertet die Energiewende als sehr positiv.

Besonders negativ wird die Energiewende in den östlichen Bundesländern gesehen. Nur jedes zehnte Unternehmen (zehn Prozent) zieht eine positive Bilanz. Knapp die Hälfte der Betriebe (45 Prozent) muss hingegen Abstriche hinnehmen. Noch eindeutiger sind die Auswirkungen auf die ostdeutsche Industrie, wie sich in einem Barometerwert von -34 widerspiegelt. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Industrieunternehmen geben eine negative Einschätzung ab. Zwar konnten in der Region hohe

Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien aufgebaut werden, damit einher gehen aber höhere Kosten durch Netzentgelte insbesondere wegen Überkapazitäten an windigen Tagen. Hinzu kommt, dass im Osten viele energieintensive Unternehmen ihren Sitz haben (vgl. Kapitel 4), insbesondere aus der Chemieindustrie. Und auch die durch die Einspeisevergütungen gestützte Nachfrage nach Solarmodulen hat sich abgeschwächt. Die hohen Überkapazitäten und die Konkurrenz aus Asien bereiten den vielfach in Ostdeutschland ansässigen Herstellern große Probleme.

Auch in den westlichen Bundesländern bereitet die Energiewende vielen Unternehmen Sorgen: Ein Drittel sieht Abstriche bei der Wettbewerbsfähigkeit. Besonders schwer wiegt, dass auf der anderen Seite aktuell kaum jedes zehnte Unternehmen (11 Prozent) von der Energiewende profitieren kann. Mit einem Barometerwert von -31,5 zeigt sich die Industrie besonders betroffen. Der Anteil der Industrieunternehmen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sehen, ist mit 56 Prozent besonders hoch, der Anteil der Energiewende-Gewinner mit neun Prozent niedrig. Westdeutschland ist Sitz vieler energieintensiver Industrien, wodurch hohe Energiepreise besonders ins Gewicht fallen.

In Süddeutschland ergibt sich ein differenziertes Bild: Mit 16 Prozent (14 Prozent in der Industrie) ist der Anteil der Unternehmen, die über die Energiewende an Wettbewerbsstärke gewinnen, vergleichsweise hoch. Der Anteil der Unternehmen, die negative Auswirkungen beobachten, ist mit 34 Prozent (47 Prozent in der Industrie) hingegen nah am nationalen Durchschnitt. Hier macht sich bemerkbar, dass ein Teil der Wirtschaft von der gestiegenen Nachfrage nach Produkten, Installation und Beratung im Bereich der erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien profitiert. Viele Unternehmen haben die hohen Einspeisevergütungen genutzt, um selbst in die Produktion erneuerbarer Energien einzusteigen (vgl. Kapitel 4). Zu beachten ist allerdings, dass im Süden die Gefahr von Stromausfällen aufgrund der Abschaltung der Kernkraftwerke höher ist. Im Februar 2012 konnte die Stromversorgung nur noch knapp aufrechterhalten werden (s. Kapitel 5). Die Summe dieser negativen und positiven Effekte führt im Regionenvergleich zur zweitbesten Einschätzung – wenn auch der Wert auf dem Energiewende-Barometer deutlich im negativen Bereich liegt.

Norddeutsche Unternehmen profitieren am stärksten von der Energiewende, wobei aber auch hier die Bilanz insgesamt negativ ausfällt. Insbesondere der Ausbau der On- und Offshore-Windenergie eröffnet für Industriebetriebe aber auch Dienstleistungsunternehmen neue Chancen. Gleichzeitig ist die Stromversorgung im Vergleich zu Süddeutschland sicherer. Im Vergleich der Regionen ist der Anteil an Unternehmen, für die sich die Energiewende positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt mit 17 Prozent (Industrie: 14 Prozent) am höchsten und der Anteil der Negativbewertungen mit 26 Prozent (Industrie: 43 Prozent) am niedrigsten.

Mittelstand unter Wettbewerbsdruck

Über alle Unternehmensgrößen hinweg wird die Energiewende als eine Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit eingeschätzt. Dies macht sich aber unterschiedlich intensiv bemerkbar. Der Mittelstand sieht sich insgesamt als Verlierer der Energiewende und bewertet die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit negativer als Groß- und Kleinunternehmen: Betriebe mit 250 bis 499 Mitarbeitern schätzen die Auswirkungen im Schnitt mit **-16** ein. Für Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl von 20 bis 249 liegt die durchschnittliche Bewertung sogar bei **-19**. In dieser Gruppe ist der Anteil der Un-

ternehmen, die positive Auswirkungen auf ihr Unternehmen sehen, mit zehn Prozent klein, der Anteil der negativ Betroffenen gleichzeitig mit 39 Prozent besonders hoch. Gerade für diese Unternehmen, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ausmachen, fallen die Belastungen der Energiewende wie die gestiegene EEG-Umlage also stark ins Gewicht. Die Chancen sind für sie hingegen schwerer zu realisieren: An die durch die Energiewende ausgelösten Umbrüche können viele von ihnen sich nicht so schnell anpassen; die Finanzierung von Innovationen fällt ihnen schwerer. Gleichzeitig stehen aber auch viele von ihnen mit hochspezialisierten Produkten im globalen Wettbewerb. Als Zulieferer stehen sie unter hohem Kostendruck und können Kostenerhöhungen nur schwer an ihre Kunden weitergeben bzw. kompensieren.

Mit einem Barometerwert von -2,5 bei Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern und -7,5 bei Unternehmen von zehn bis 20 Mitarbeitern ist die Bewertung noch passabel. Der Anteil der kleinen Unternehmen, die eine negative oder sehr negative Auswirkung der Energiewende für ihr Unternehmen sehen, liegt bei 22 Prozent (bis neun Mitarbeiter) und 30 Prozent (zehn bis 20 Mitarbeiter) – im Vergleich zum Durchschnitt also niedriger. Eine wichtige Erklärung hierfür ist der vergleichsweise geringe Industrieanteil in dieser Größenklasse. Der Schwerpunkt liegt vor allem bei den Dienstleistungsunternehmen, bei denen Energie- und Stromkosten weniger ins Gewicht fallen.

Vergleichsweise geringe Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit sehen auch Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern. Die durchschnittliche Bewertung liegt bei einem Wert von -4,5. Mit 19 Prozent positiver und fünf Prozent sehr positiver Bewertung ist der Anteil der Unternehmen hoch, die in der Energiewende einen Vorteil sehen. Hierin zeigt sich nach Ansicht des DIHK, dass mit der Energiewende vermehrt technische Lösungen nachgefragt werden, für die Investitionen und Forschungsleistungen notwendig sind, die zumeist nur von großen Unternehmen erbracht werden können. Ein Drittel der großen Unternehmen setzen bereits verstärkt auf Forschung und Entwicklung in diesem Bereich (vgl. Kapitel 7). Aufgrund ihrer hohen Nachfrage nach Strom fällt es ihnen vergleichsweise leichter, ein Energielast- und -bezugsmanagement umzusetzen. Darüber hinaus greifen bei dieser Größenklasse auch verstärkt Sonderregelungen wie z. B. der Spitzenausgleich bei der Stromsteuer oder die Privilegierung bei der EEG-Umlage. Ohne diese Kostenentlastung könnten viele betroffene Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

Diese eher positive Bewertung gilt bereits bei etwas kleineren Unternehmen nicht mehr in dieser Form: Für Unternehmen mit 500 bis 999 Mitarbeitern ergibt sich im Energiewende-Barometer ein Wert von -13.

4 Energiepreise: Anstieg und kein Ende?

Entwicklung der Strom-, Gas- und Ölpreise

Der Ölpreis schwankte in den vergangenen zwölf Monaten stark. Dies zeigt die Differenz zwischen dem Höchststand von 125 Dollar/Barrel im Frühjahr 2012 und dem Tiefststand von 89 Dollar/Barrel im Sommer. Historisch betrachtet, befindet sich der Ölpreis trotz der Entspannung im dritten und zu Beginn des vierten Quartals 2012 auf einem außergewöhnlich hohen Niveau. Deutschland wird 2012 fast 100 Mrd. Euro für den Import von Energierohstoffen ausgeben. Im Jahr 2009 lag der Betrag bei nur ungefähr 60 Mrd. Euro.

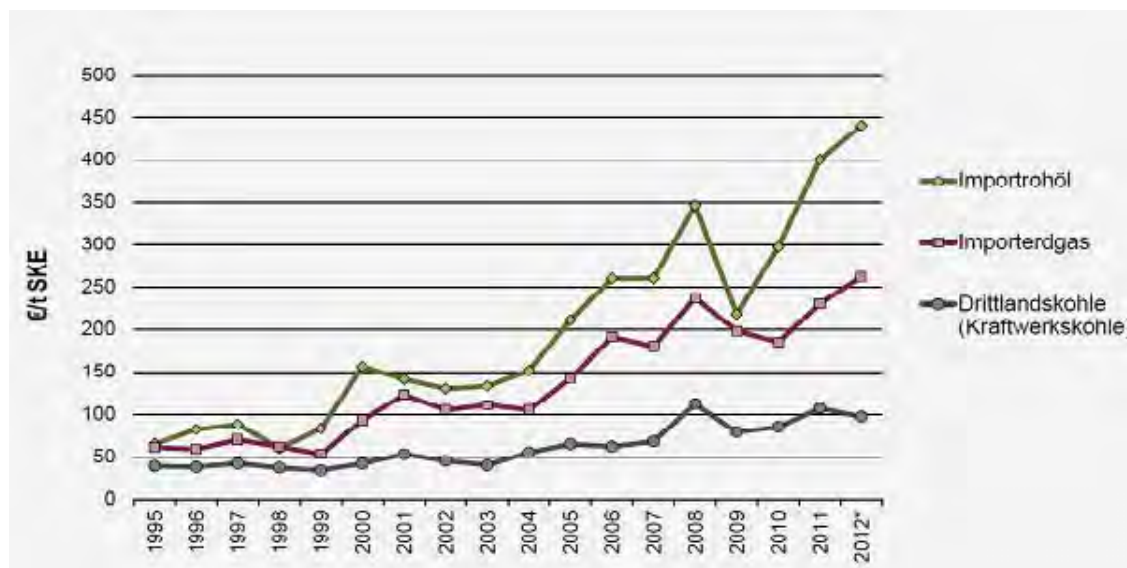


Abbildung 2: Entwicklung der Öl-, Gas- und Importkohlepreise. Quelle: BDEW.

Die Gaspreise sind im Verlauf der vergangenen zwölf Monate gesunken. Lag der Grenzübergangspreis im November 2011 noch bei 8.250 Euro/Terajoule sank er bis August 2012 auf 8.052 Euro/TJ. Zwischendurch überschritt der Gaspreis aber auch den Wert von Ende 2011. Nach wie vor liegen die Gaspreise über den Vorjahreswerten.

Die Strompreise bewegten sich zwischen November 2011 und Oktober 2012 auf niedrigem Niveau und lagen teilweise deutlich unter 50 Euro/MWh. Die Kältewelle im Februar führte zusammen mit der angespannten Versorgungslage zu einem heftigen Preisausschlag nach oben.

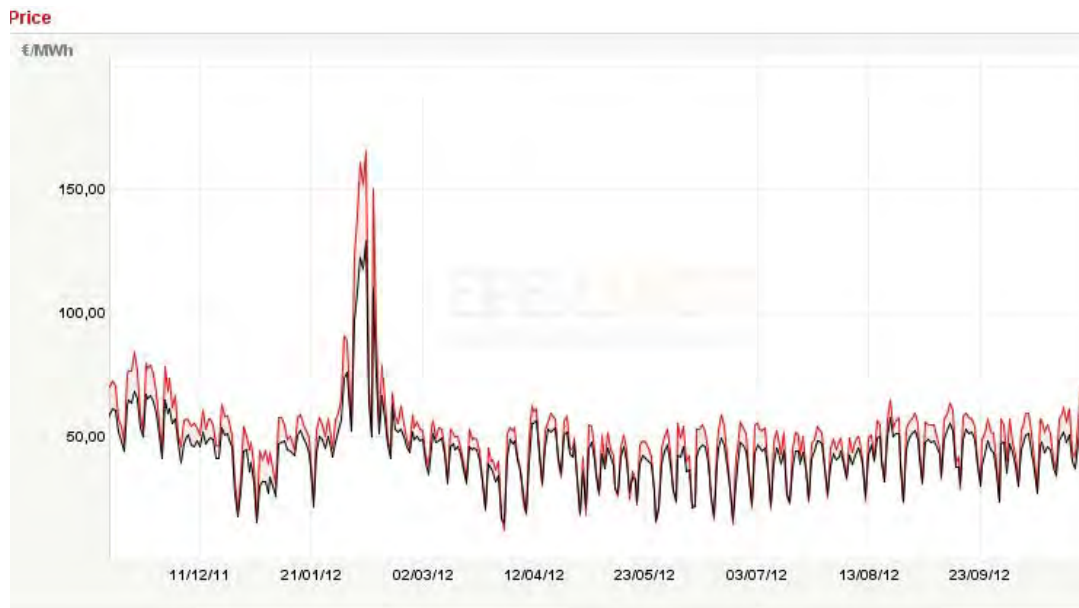


Abbildung 3: Preisentwicklung an der Strombörse. Quelle: eex.

Energiepreise als Sorgenkind der Wirtschaft

Die **Energiepreise** sind das Sorgenkind der deutschen Wirtschaft. Das ist mit Blick auf die hohen Anteile der Energiekosten am Umsatz und den hohen Preisen wenig verwunderlich: Die Energieintensität der deutschen Wirtschaft ist hoch. Immerhin 40 Prozent der Unternehmen haben gemessen am Umsatz Energiekosten von vier Prozent und mehr. Jedes fünfte Unternehmen ist mit einem Anteil der Stromkosten am Umsatz von mehr als vier Prozent als stromintensiv einzustufen. Für solche Unternehmen verursachen selbst geringe Strompreisanstiege relevante Kostenbelastungen. Gleichzeitig kennen die Preise für Öl, Gas, Strom, Fernwärme von kurzen Schwankungen abgesehen aus Sicht der Unternehmen nur eine Richtung: nach oben.

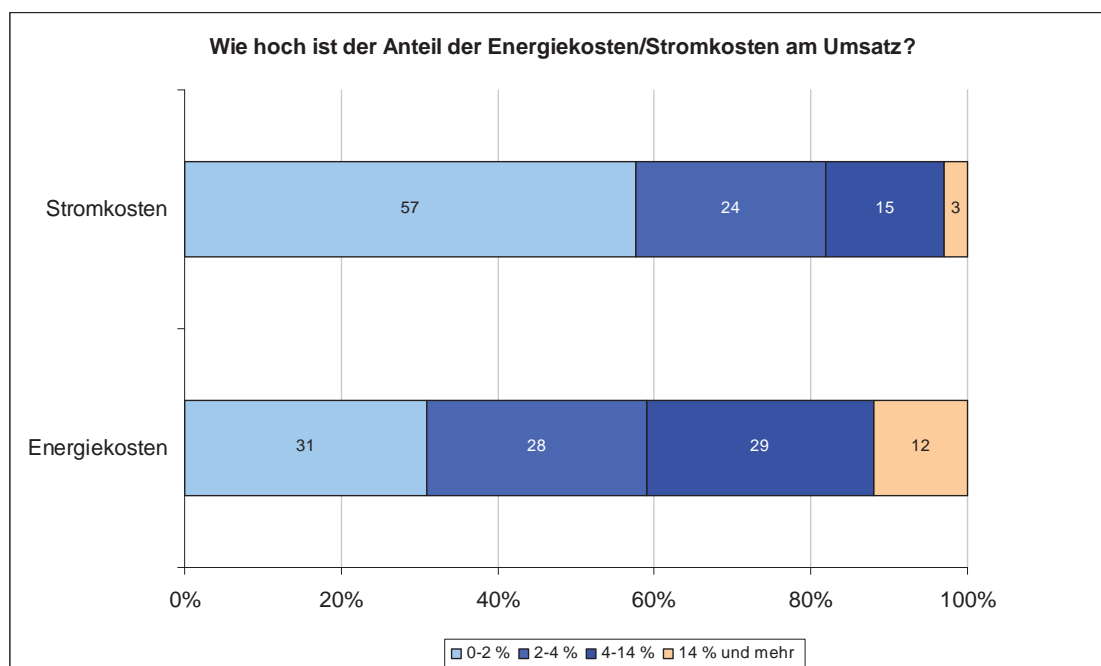


Abbildung 4: Anteil der Energie- und Stromkosten. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Deutlich über die Hälfte (56 Prozent) misst den Energiepreisen daher heute eine größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit – und das trotz erheblicher Anstrengungen im Bereich Energieeffizienz (vgl. Kapitel 6). Lediglich jedes zehnte Unternehmen sieht darin kein Problem für das eigene Geschäft. Das bestätigen Ergebnisse der regelmäßigen DIHK-Konjunkturumfragen⁵: Seit 2011 sind die Energie- und Rohstoffpreise das Konjunkturrisiko Nummer eins für die Unternehmen. Von den Strom-, Energie- und Rohstoffkosten kommt weniger Entlastung als sonst in Phasen schwächerer Konjunktur üblich.

Die gewachsene Bedeutung der Energiepreise spüren insbesondere die Branchen Bau (68 Prozent) und Handel (65 Prozent). In Ostdeutschland ist für zwei Drittel der Unternehmen die Bedeutung im letzten Jahr noch einmal angestiegen. Über alle Branchen und Regionen hinweg sieht sich der Handel in Ostdeutschland mit 79 Prozent am stärksten betroffen. Ein möglicher Grund: Für viele Unternehmen in der Bau- und Handelsbranche werden die Energiepreise erst jetzt zu einem Problem, während für die Industrie das Preisrisiko schon länger im Bewusstsein der Betriebe verankert ist.

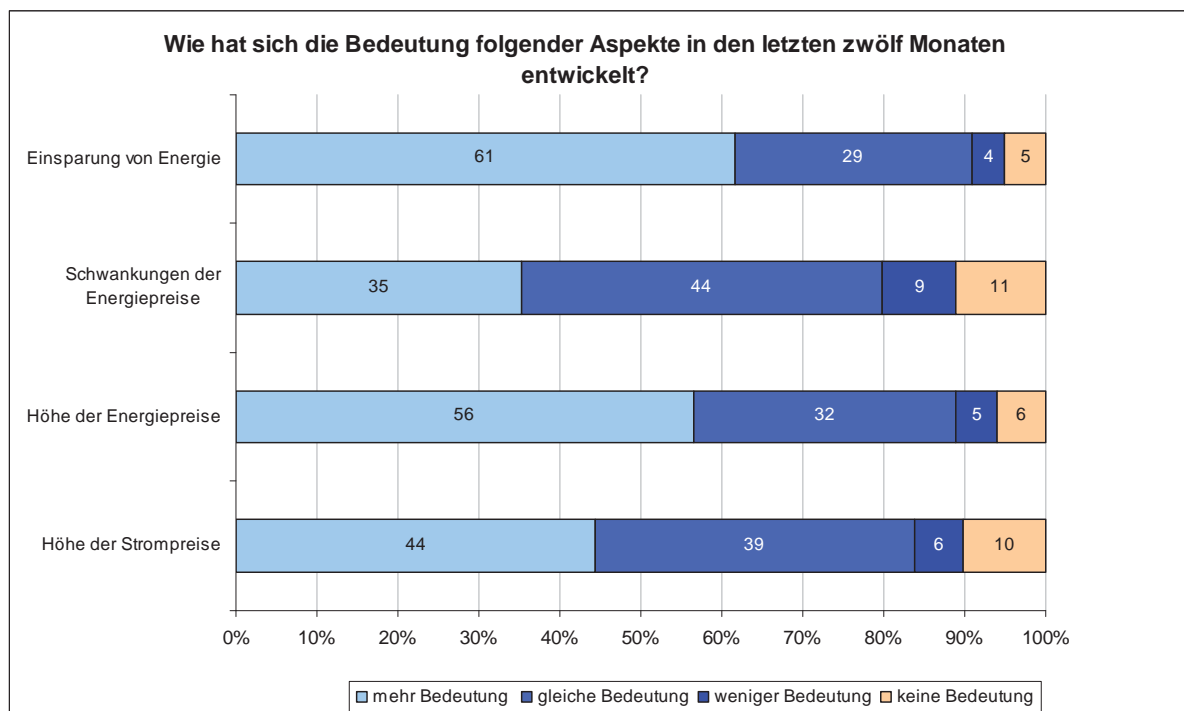


Abbildung 5: Bedeutung der Energiepreise. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die hohen **Strompreise** sind eine Belastung für die Wirtschaft: Für 44 Prozent der Betriebe haben sie in den vergangenen zwölf Monaten an Bedeutung gewonnen – und das trotz weitgehender Stabilität in diesem Zeitraum. Überdurchschnittlich sind die Industrie mit 55 Prozent und der Handel mit 49 Prozent betroffen. Für industrielle Prozesse ist der Einsatz großer Mengen an Energie unabdingbar. Der Einzelhandel benötigt viel Strom für Beleuchtung und Kühlung. Die Wirtschaft in Ostdeutschland weist auch bei der Bedeutung der Strompreise mit 48 Prozent im regionalen Vergleich den höchsten Wert auf. Das liegt in der höchsten Stromintensität im regionalen Vergleich begründet.

⁵ DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2012, S. 19.

Lediglich für 16 Prozent der Unternehmen ist die Bedeutung der Strompreise gesunken oder sind die Preise nicht relevant. In diesem geringen Wert findet nach Einschätzung des DIHK die öffentliche Debatte um den Anstieg der EEG-Umlage zum ersten Januar 2013 ihren Niederschlag. Auf der anderen Seite wird Strom aufgrund zunehmender Automatisierung der Produktion und wachsendem Einsatz elektronischer Geräte im Dienstleistungsbereich für alle Branchen wichtiger. Der Standort Deutschland darf daher die Preise für Elektrizität nicht ausufern lassen, um energieintensive Wertschöpfung im Land zu ermöglichen.

Die **Ölpreise** waren in den vergangenen zwölf Monaten nicht nur hoch sondern auch sehr volatil. Sie schwankten zwischen 89 und 125 Dollar/Barrel und damit um 40 Prozent. Für die Unternehmen liegt darin eine steigende Unsicherheit, mit welchen Kosten sie mittelfristig zu rechnen haben. Daher gibt ein gutes Drittel (35 Prozent) an, dass die Bedeutung schwankender Energiepreise gestiegen ist. Besonders betroffen sind große Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern (40 Prozent). Sie kaufen Energie in stärkerem Maße als kleinere Betriebe selbst und spüren das Auf und Ab der Preise daher unmittelbar im eigenen Geldbeutel.

Unternehmen setzen auf strategischen Energiebezug

Die Hälfte der Unternehmen hat in der letzten Zeit bereits ihren Energielieferanten oder Energieversorger gewechselt, nimmt einen solchen Wechsel vor oder plant dies. Daraus lässt sich schließen: Der Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt funktioniert immer besser. Die Unternehmen nehmen ihre Chance wahr, durch einen Wechsel bessere Konditionen auszuhandeln. Über die Hälfte der Unternehmen (58 Prozent) setzt auf langfristige Lieferverträge. Vorreiter ist die Industrie mit 76 Prozent.

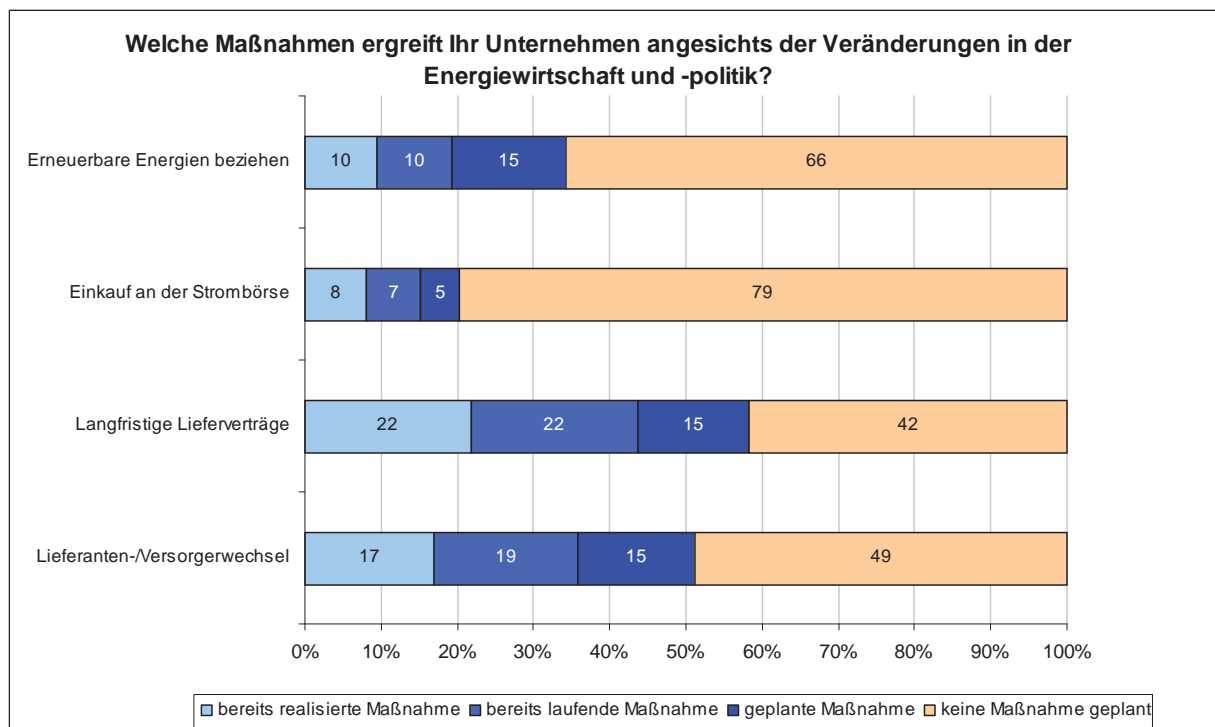


Abbildung 6: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Für Strom- und Gasversorger besteht die Chance, durch entsprechende Angebote dauerhafte Beziehungen zu großen Strom- und Gasabnehmern aufzubauen. Bereits ein Fünftel der Unternehmen kauft Strom selbst oder über Einkaufsgemeinschaften an der Strombörse ein. Die süddeutsche Industrie ist mit 40 Prozent besonders aktiv, aber auch der niedersächsische Handel ist mit einem Drittel überdurchschnittlich vertreten.

Bei allen drei Maßnahmen gilt: Je größer ein Unternehmen ist, desto eher hat es sich mit einer der Maßnahmen auseinandergesetzt.

Vielen Unternehmen ist keineswegs gleichgültig, aus welcher Quelle ihre Energie stammt: 35 Prozent beziehen gezielt erneuerbare Energien oder haben dies vor. Trotz der aktuellen Debatte um die EEG-Umlage wird das Thema regenerative Energien von der Wirtschaft keineswegs abgelehnt. Im Gegenteil: Es scheint sich zunehmend eine konkrete Nachfrage für Erneuerbare zu entwickeln.

Eigenerzeugung: Ein Weg aus der Kostenspirale?

Erneuerbare Energien werden auch direkt in den Unternehmen erzeugt: Drei von zehn Unternehmen (29 Prozent) erzeugen mittlerweile regenerative Energie selbst oder planen dies. Im konventionellen Bereich sind es mit 15 Prozent deutlich weniger Betriebe. Das zeigt, dass sich erneuerbare Energien in Produktionsabläufe der Unternehmen integrieren lassen, um z. B. Lastspitzen zu glätten. Die hohen Energiepreise für öffentlich bezogenen Strom in Verbindung mit sinkenden Gestehungskosten erneuerbarer Energien machen die Eigenerzeugung aus Wind, Solar oder Biomasse für viele Unternehmen attraktiv. Denn: Wird Strom auf dem Betriebsgelände erzeugt, fallen lediglich die reinen Stromgestehungskosten an.

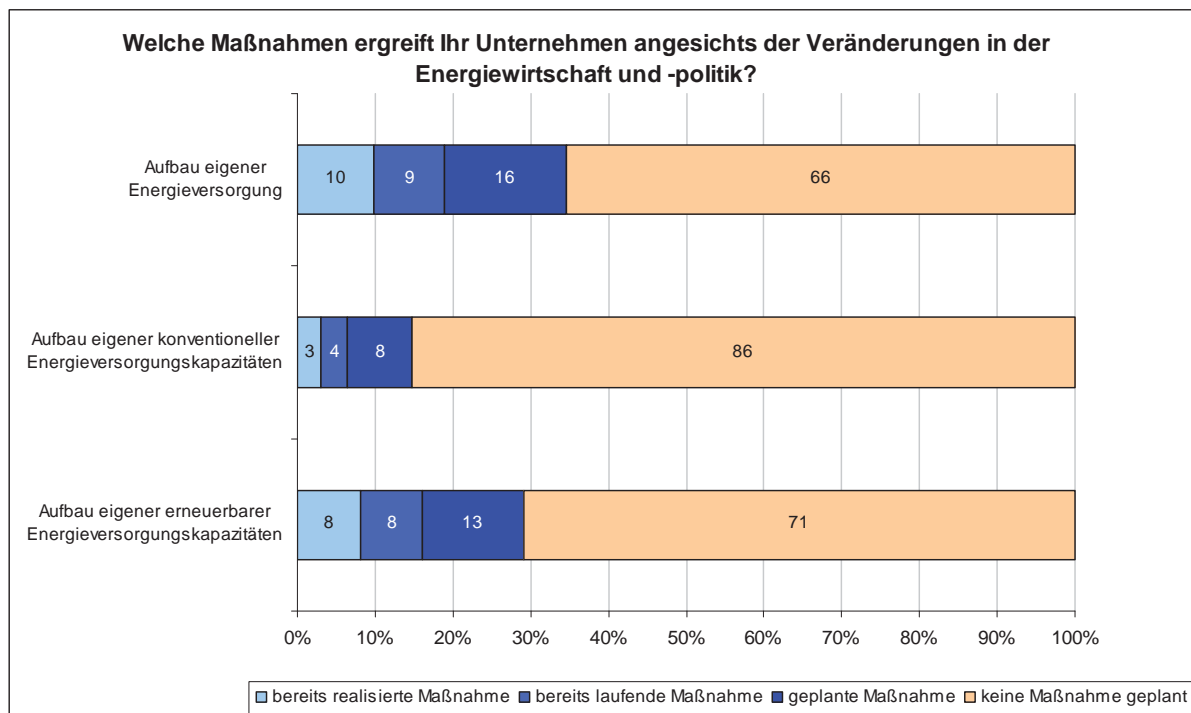


Abbildung 7: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Zusammengenommen ist Eigenerzeugung für 35 Prozent der Betriebe ein Thema, jedes zehnte Unternehmen hat bereits konventionelle und/oder erneuerbare Kapazitäten aufgebaut. Damit hat die Bedeutung weiter zugenommen: Im Unternehmensbarometer „Energie und Rohstoffe für morgen“⁶ Anfang 2012 hatten noch 29 Prozent geantwortet, dass sie Energie selbst erzeugen oder dies planen. Derzeit gilt: Je größer ein Betrieb ist, desto eher ist Eigenerzeugung für ihn interessant. Doch selbst jeder fünfte Betrieb bis neun Mitarbeiter beschäftigt sich zumindest mit dem Thema. Eigenerzeugung ist in der deutschen Wirtschaft en vogue.

Unternehmen in der Zwickmühle: Kosten internalisieren, überwälzen oder Produktion einschränken?

Immerhin 55 Prozent der Unternehmen geben gestiegene Energiekosten nicht an ihre Kunden weiter. 24 Prozent erwägen dies jedoch für die Zukunft. Dies deutet darauf hin, dass die Unternehmen perspektivisch von einem weiteren Anstieg der Energiepreise ausgehen und antizipieren, dass sie diese Mehrkosten nicht mehr tragen können, ohne sie an ihre Kunden zu überwälzen. Allerdings wird eine Weitergabe der Energiekosten aufgrund des starken Wettbewerbs in den meisten Branchen für viele Unternehmen eine Gratwanderung: Ziehen Konkurrenten nicht mit, können bereits kleine Preissteigerungen erhebliche Absatzverluste nach sich ziehen und die Wirtschaftlichkeit insgesamt in Frage stellen. Vor allem in den Branchen Handel (62 Prozent) und Dienstleistungen (59 Prozent) sowie für Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern (69 Prozent) ist es vielfach aufgrund des Konkurrenzdrucks nicht möglich, Kosten an Kunden weiterzugeben.

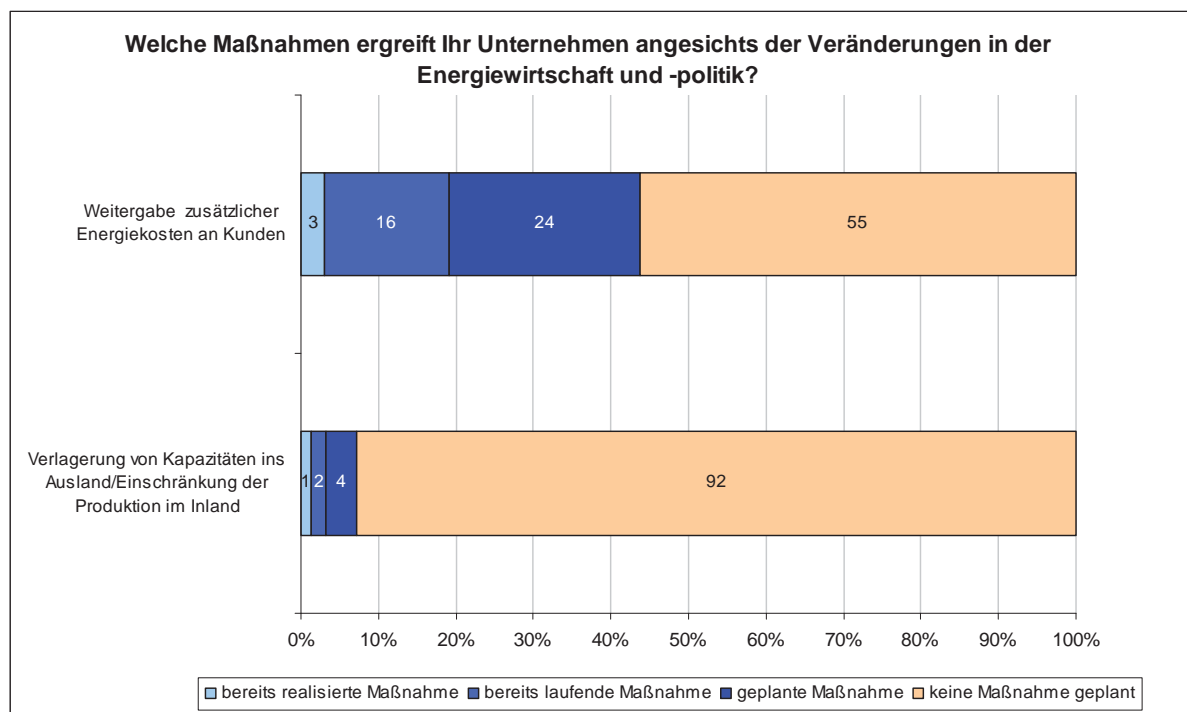


Abbildung 8: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

⁶ <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2012-01-18-unternehmensbarometer>.

Dies mag ein Grund dafür sein, weshalb acht Prozent der Befragten angeben, aktuell Kapazitäten ins Ausland zu verlagern bzw. die Produktion im Inland einzuschränken oder einen solchen Schritt zu planen. Die wenigsten Unternehmen sind diesen Weg bereits gegangen. Damit bestätigen sich die Werte aus dem Unternehmensbarometer „Energie und Rohstoffe für morgen“ von Januar 2012, in dem sieben Prozent der Betriebe über Verlagerungen zumindest nachgedacht haben.

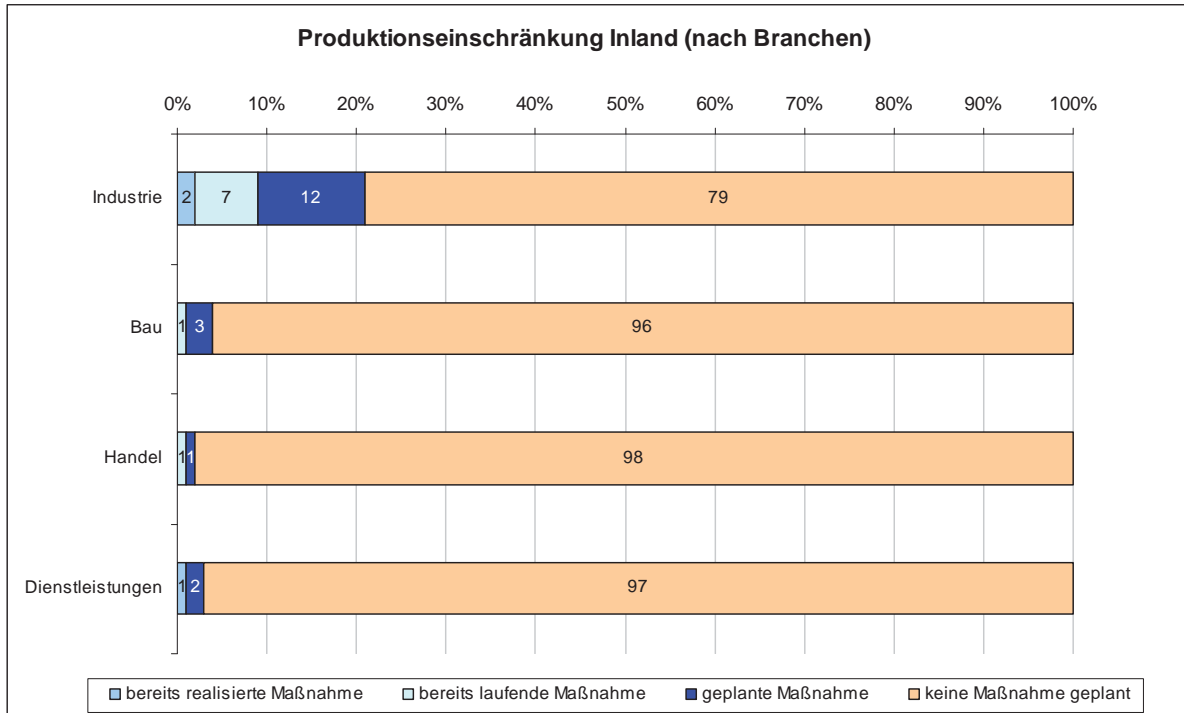


Abbildung 9: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

In der Industrie sind die Anteil mit insgesamt 21 Prozent deutlich höher, da Energiepreise hier eine größere Rolle spielen: So hat jeder fünfzigste Industriebetrieb Verlagerungen/Einschränkungen der Produktion bereits realisiert, mehr als jedes zehnte Unternehmen denkt darüber nach. Je größer ein Unternehmen, desto eher hat es bereits Produktionseinschränkungen realisiert oder erwägt einen solchen Schritt. Die Energiewende birgt hinsichtlich der Kosten und der Versorgungssicherheit damit auch Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Strompreise: Das fordert die Wirtschaft

Drei von fünf Betrieben (61 Prozent) fordern, Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu reduzieren; knapp die Hälfte (47 Prozent) will Fördertatbestände und Sonderregelungen überprüfen lassen. Am weitesten verbreitet ist die Forderung nach Senkung der staatlich verursachten Belastungen des Strompreises mit 76 Prozent in der ostdeutschen Industrie. Das sehen auch die IHK-Energieexperten so: 82 Prozent fordern, die staatlichen Lasten der Strompreise zu reduzieren bzw. 53 Prozent Fördertatbestände und Sonderregelungen zu überprüfen (vgl. Kapitel 9).

DIHK-Forderungen Energiepreise

- Um die Unternehmen im Strombereich kurzfristig zu entlasten und den Kostenanstieg 2013 zu dämpfen, sollte die Stromsteuer gesenkt werden
- Weitere Umlagen oder Verschiebung von Kosten in die Netzentgelte sollten vermieden werden
- EEG novellieren, um weitere Anstiege der EEG-Umlage zu dämpfen; insbesondere müssen Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren synchronisiert werden
- Sonder- und Ausnahmeregelungen sollten vereinfacht werden, um Bürokratie bei Energieversorgern und Begünstigten abzubauen und die Strompreise zu senken

5 Versorgungssicherheit: Risikofaktor für viele Unternehmen

Entwicklung der Versorgungssicherheit in den letzten zwölf Monaten

Trotz der Abschaltung der acht Kernkraftwerke im März 2011 ist es im vergangenen Winter nicht zu flächendeckenden Stromausfällen gekommen. Es gab aber Phasen, in denen Angebot und Nachfrage kaum mehr in Einklang zu bringen waren. Besonders kritisch war die Versorgungslage im Februar 2012 in Süddeutschland: Extreme Kälte in weiten Teilen Europas in Verbindung mit um bis zu 30 Prozent gedrosselten Gaslieferungen aus Russland haben die Stromversorgung bis an die Belastungsgrenze geführt. Die gesamte Kaltreserve in Deutschland und Österreich sowie die gesamte Ausgleichsenergie musste eingesetzt werden, um die Versorgung mit Elektrizität aufrecht zu erhalten. Einige süddeutsche Gaskraftwerke konnten wegen des fehlenden Brennstoffes nicht mehr produzieren. Unternehmen in Süddeutschland mussten ihre Produktion teilweise herunterfahren.

In der Zwischenzeit haben einige Energieversorger angekündigt, Kraftwerke wegen fehlender Rentabilität stillzulegen. Gleichzeitig sind Neubauprojekte konventioneller Kraftwerke gerade in Süddeutschland verzögert. Für den südlichen Teil Deutschlands ist auch im kommenden Winter von einer angespannten Lage auszugehen⁷. Die Übertragungsnetzbetreiber suchen derzeit Kraftwerke im In- und Ausland als Kaltreserve.

Ob Spannungsschwankungen und kleinere Stromausfälle seit der Energiewende zugenommen haben, ist Gegenstand vielfältiger Spekulationen. Unstreitig ist: Ungeplante Ausfälle über drei Minuten, die die Bundesnetzagentur erfasst, liegen mit ungefähr 15 Minuten etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Für kürzere Ausfälle existiert keine amtliche Statistik, die aber aufgebaut werden sollte. Klar ist auch: Die Zahl der notwendigen Eingriffe steigt, um das Stromnetz stabil zu halten. Im Netzgebiet des ostdeutschen Übertragungsnetzbetreibers 50 Hertz musste in den ersten drei Quartalen 2012 an 183 Tagen in Betriebsfahrpläne von Kraftwerken eingegriffen werden, d. h. an zwei von drei Tagen (2011 insgesamt 213 Tage). Gleichzeitig mussten an 59 Tagen von Januar bis Ende September EEG-Anlagen abgeschaltet werden, um Überspannungen zu vermeiden (2011 insgesamt 45 Tage). Diese Zahlen zeigen, dass die Aufrechterhaltung der Sicherheit der Stromversorgung zunehmend schwieriger wird.

⁷ Aussagen der Übertragungsnetzbetreiber sowie Monitoringbericht der Bundesnetzagentur.

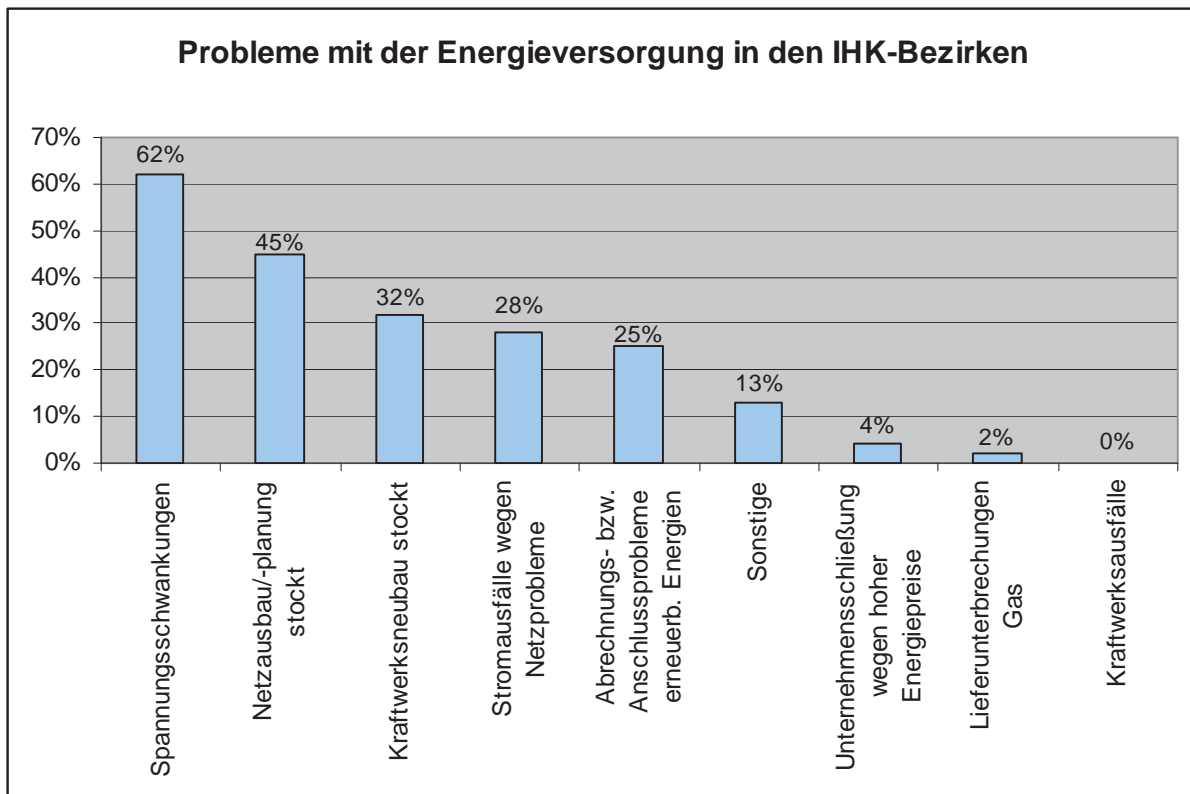


Abbildung 10: Probleme im Energiebereich in den IHK-Bezirken. Quelle: Befragung IHK-Energieexperten.

Die Energieexperten in den Industrie- und Handelskammern sehen die Versorgungssicherheit durch die Energiewende gefährdet: Auf einer Skala von 1 (sehr positiv) bis 5 (sehr negativ) bewerten sie die Versorgungssicherheit mit 3,75. Die größten Versorgungsrisiken in den vergangenen zwölf Monaten waren Spannungsschwankungen (62 Prozent) und schleppender Netzausbau (45 Prozent). Daneben stocken in vielen Kammerbezirken Kraftwerksausbauten und es kam zu Stromausfällen.

Versorgungsunterbrechungen sind teuer: Unternehmen wappnen sich gegen Stromausfälle

Ob in der industriellen Produktion, im Handel, Bau oder bei Dienstleistungen: ohne Strom ruht die Arbeit in Deutschland. Strombetriebene Kommunikationstechnologien, allen voran Internet und E-Mail, sind in den letzten beiden Jahrzehnten in Arbeitsabläufe integriert worden. Die stabile Stromversorgung war für die deutsche Wirtschaft deshalb ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil. Angesichts der Herausforderungen der Energiewende an die Netze sind die Unternehmen inzwischen aber geteilter Meinung über die Qualität der öffentlichen Versorgung: Mehr als jedes fünfte Unternehmen (22 Prozent) sagt, dass die Bedeutung von Störungen der Stromversorgung zugenommen hat. Gleichzeitig geben zwölf Prozent der Unternehmen an, dass sich die Bedeutung von Stromausfällen verringert hat.

Für große Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern haben Störungen in der Strom- und Gasversorgung eine größere Bedeutung als für kleinere Unternehmen: 13 Prozent bei Gas und sogar 29 Prozent bei Strom zeigen, dass Versorgungssicherheit keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Große Unternehmen mit ihren langen Produktionsketten scheinen sensibler für kleinere Störungen zu sein. Für fast jedes zehnte Unternehmen in Süddeutschland (neun Prozent) ist auch die Bedeutung von Störun-

gen in der Gasversorgung gestiegen. Die höheren Werte für Süddeutschland sind zudem auf die Probleme mit der Versorgung während der Kältewelle im Februar 2012 zurückzuführen.

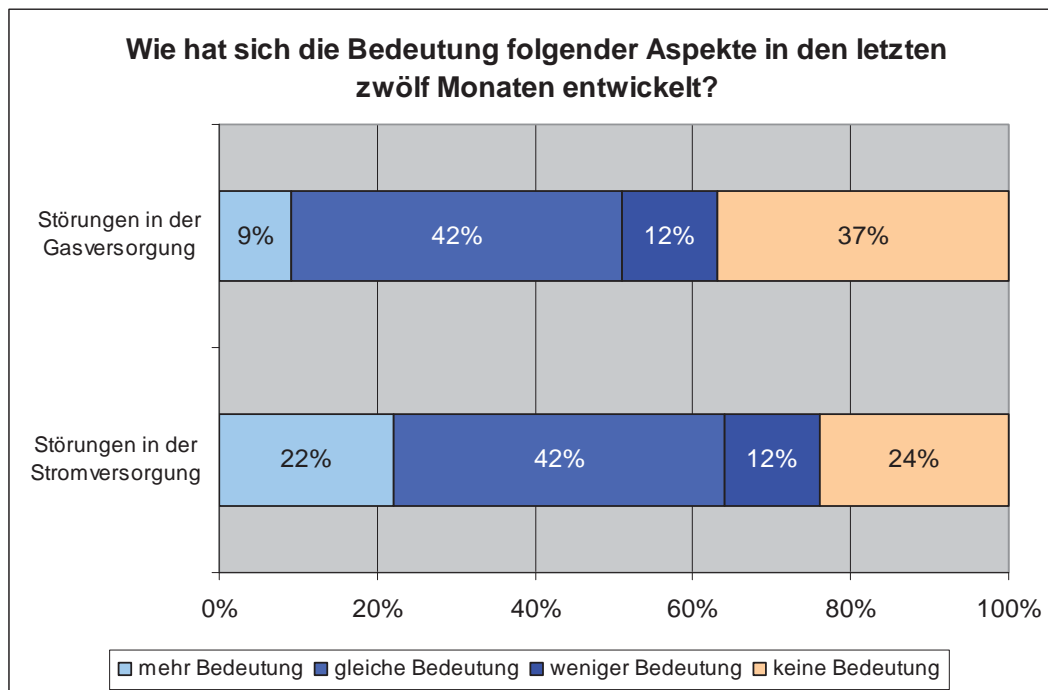


Abbildung 11: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Für ein knappes Viertel (24 Prozent) haben Stromausfälle keine Bedeutung für den betrieblichen Alltag. Dies zeigt, dass die Qualität der Stromversorgung in Deutschland nach wie vor von vielen Unternehmen als gut empfunden wird.

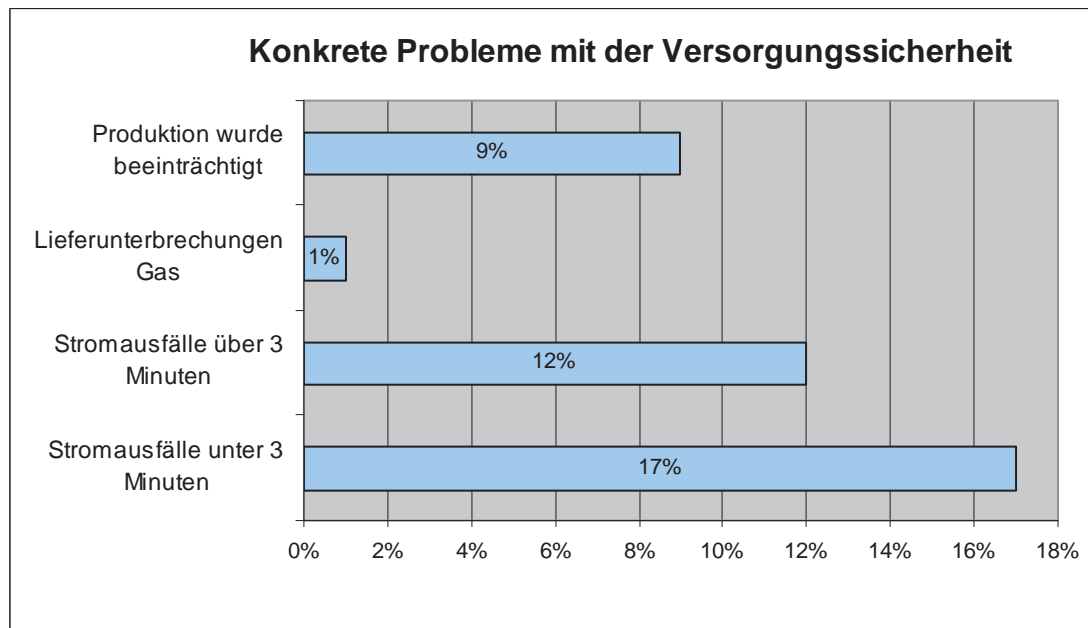


Abbildung 12: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Störungen in der Gasversorgung betreffen die Wirtschaft seltener als bei Strom, zumal die Gasversorgung in vielen Unternehmen eine untergeordnete Rolle spielt. In der Industrie ist Gas aber häufig notwendige Voraussetzung für die Produktion. Zwei von fünf Unternehmen (37 Prozent) sehen keine Probleme bei der Gasversorgung.

Konkrete Störungen in der Gasversorgung wurden von einem Prozent der Unternehmen angegeben. Im Strombereich sind Unterbrechungen sehr viel häufiger: In 17 Prozent der Betriebe gab es in den letzten zwölf Monaten Stromausfälle unter drei Minuten, also solche, die statistisch nicht erfasst werden. Ausfälle über drei Minuten wurden von 12 Prozent der Unternehmen verzeichnet. In jedem zehnten Betrieb kam es zu Schäden an der Produktion. Bereits ein relativ kurzer Strom- oder Gasausfall verursacht für ein Unternehmen einen durchschnittlichen Schaden von 10.000 Euro. Die Zunahme von Stromausfällen würde zu erheblichen Kosten insbesondere auf Seiten der Industrie führen. Auf die Versorgungssicherheit sollte daher das Hauptaugenmerk im Umgang mit der Energiewende gerichtet werden. In der Industrie in Baden-Württemberg und Bayern waren in den vergangenen zwölf Monaten mit 30 Prozent am meisten Unternehmen von Problemen mit der Versorgungssicherheit betroffen. Dies zeigt einmal mehr die angespannte Versorgungslage in Süddeutschland.

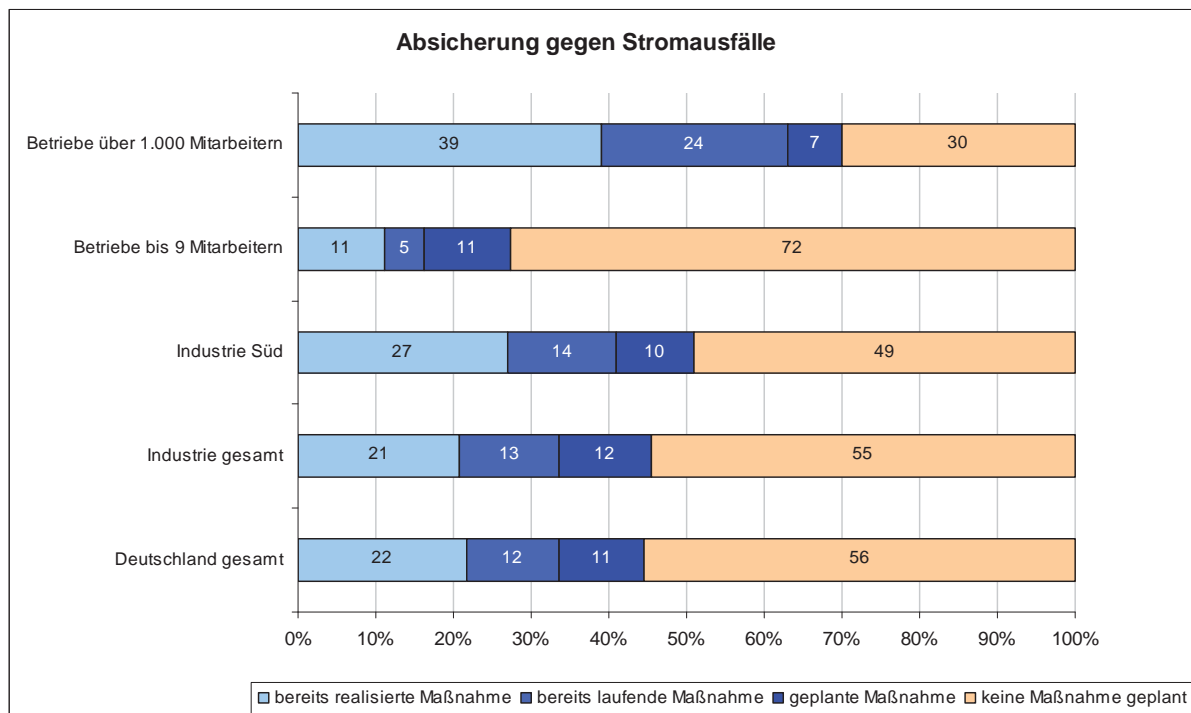


Abbildung 13: Absicherung gegen Stromausfälle. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Aufgrund der potenziellen Schadenshöhen überrascht es nicht, dass sich branchenübergreifend 45 Prozent gegen Stromausfälle absichern bzw. dies planen. Im Süden macht sich mehr als die Hälfte der Industriebetriebe zumindest Gedanken über Absicherungsmaßnahmen. Dort herrscht Unsicherheit darüber, wie es im Zuge der Abschaltung weiterer Kernkraftwerke mit der Stromversorgung weitergeht. Was nicht überrascht: Große Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern haben deshalb mit 29 Prozent bereits deutlich öfter vorgesorgt als Betriebe mit bis zu neun Mitarbeitern mit elf Prozent.

Die Ergebnisse belegen, dass die Energieversorgungssicherheit für die Wirtschaft ein hohes Gut ist und höchste Priorität genießt – nicht nur auf abstrakter Ebene. Unternehmen gehen das Thema Versorgungssicherheit mit ganz konkreten Maßnahmen und Investitionen an und verlassen sich keineswegs auf eine von anderen abgesicherte Energieversorgung.

Versorgungssicherheit: Das fordert die Wirtschaft

Um die Versorgungssicherheit zu erhalten und zu verbessern, fordert die Wirtschaft die Politik auf, den Netzausbau zu unterstützen. Das ist die mit Abstand meistgenannte Maßnahme für eine erfolgreiche Energiewende (s. Kapitel 9). Etwa zwei Drittel der Unternehmen befürworten, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Die IHK-Energieexperten sind derselben Meinung: 90 Prozent wünschen sich eine stärkere politische Unterstützung des Netzausbaus und 80 Prozent eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.

DIHK-Forderungen Versorgungssicherheit

- Netzausbau politisch flankieren: Durch einen Ausbau insbesondere der Nord-Süd-Verbindungen kann die Versorgungssicherheit in Süddeutschland erhöht und gleichzeitig können Redispatch-Kosten erheblich gesenkt werden
- Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren: Die Erstellung eines Bund-Länder-Leitfadens für die naturschutzrechtliche Prüfung vereinfacht Genehmigungsverfahren; Vorbild könnte der Prüfkatalog des Eisenbahnbundesamtes sein
- Nord-Süd-Verbindungen der Gasinfrastruktur ausbauen, um Lieferengpässe zu beseitigen
- Stromausfälle unter drei Minuten erfassen, um belastbare Aussagen über die Versorgungssicherheit zu erhalten
- Die sog. atypischen Netznutzung stärken, um Netzbelastungen zu vermindern
- Zusammenarbeit der Bundesnetzagentur mit den zuständigen Behörden der Länder besser verzahnen, um Doppelarbeit zu vermeiden

6 Energieeffizienz: Ein Schlüssel zum Erfolg

Im Bereich der Energieeffizienz waren die vergangenen zwölf Monate geprägt von vielen politischen Diskussionen. In Brüssel wurde eine neue Energieeffizienz-Richtlinie verabschiedet, mit deren Hilfe der Energieverbrauch in der EU bis 2020 um 20 Prozent reduziert werden soll. Die Mitgliedstaaten sind nun erstmals gesetzlich verpflichtet, eine europäische Energiespar-Quote zu erfüllen: Sie müssen künftig jedes Jahr 1,5 Prozent Energie einsparen. Alle EU-Länder und damit auch Deutschland werden sich erheblich anstrengen müssen, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Das gilt gerade in Deutschland, wo schon erhebliche Effizienzsteigerungen erreicht wurden und insbesondere die Industrie viele Maßnahmen bereits ergriffen hat. Vorleistungen entpuppen sich somit als Handicap, weil zusätzliche Anstrengungen exponentiell teurer werden. Über die konkrete Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie in deutsches Recht muss daher sehr sorgfältig diskutiert werden. Das neue Regelwerk bedeutet in jedem Fall, dass Energieeffizienz ganz oben auf der politischen Tagesordnung bleibt.

Im Gesetzespaket zur beschleunigten Energiewende war ein Gesetzesentwurf zur steuerlichen Abschreibung energetischer Sanierungen bei Gebäuden enthalten. Bis heute haben es Bund und Länder nicht vermocht, sich darauf zu einigen. Die Hängepartei führt dazu, dass Investitionen in Effizienzpotenziale im Gebäudebereich zurückgehalten werden. Für rund 25.000 Unternehmen ist eine wichtige Frage im Bereich Energieeffizienz, welche Anstrengungen sie nachweisen müssen, um auch weiterhin den Spitzenausgleich bei der Stromsteuer zu erhalten. Dadurch können Betriebe bis zu 90 Prozent der Stromsteuer erstattet bekommen. Die geltenden Regelungen für den Spitzenausgleich sind nur bis Ende 2012 von der EU-Kommission genehmigt. Ab 1. Januar 2013 greifen deshalb neue Anforderungen: Größere Unternehmen müssen bis 2015 Energiemanagementsysteme einführen und das produzierende Gewerbe insgesamt muss eine jährliche Senkung der Energieintensität von 1,3 Prozent nachweisen, damit der Spitzenausgleich weiterhin möglich ist.

Maßnahme Nummer eins für die Unternehmen: Steigerung der Energieeffizienz

Ungeachtet der politischen Diskussionen stehen Energieeffizienzsteigerungen und -einsparungen für die deutsche Wirtschaft ganz oben auf der unternehmerischen Agenda. Die Nachteile hoher Energiepreise für den Wirtschaftsstandort Deutschland müssen die Unternehmen durch einen sparsameren Umgang wettmachen. Analog zur gestiegenen Bedeutung der Energiepreise für die Unternehmen hat sich die Bedeutung der Einsparung von Energie entwickelt: Für knapp zwei Drittel der Unternehmen (62 Prozent) ist sie gestiegen und nur für neun Prozent gesunken bzw. nicht gegeben. Der Befund zeigt: Die Unternehmen machen sich Gedanken darüber, ihren Verbrauch zu senken, um steigende Preise zumindest teilweise kompensieren zu können. Spitzenreiter ist die süddeutsche Industrie mit 71 Prozent sowie der Handel in Norddeutschland mit 74 Prozent.

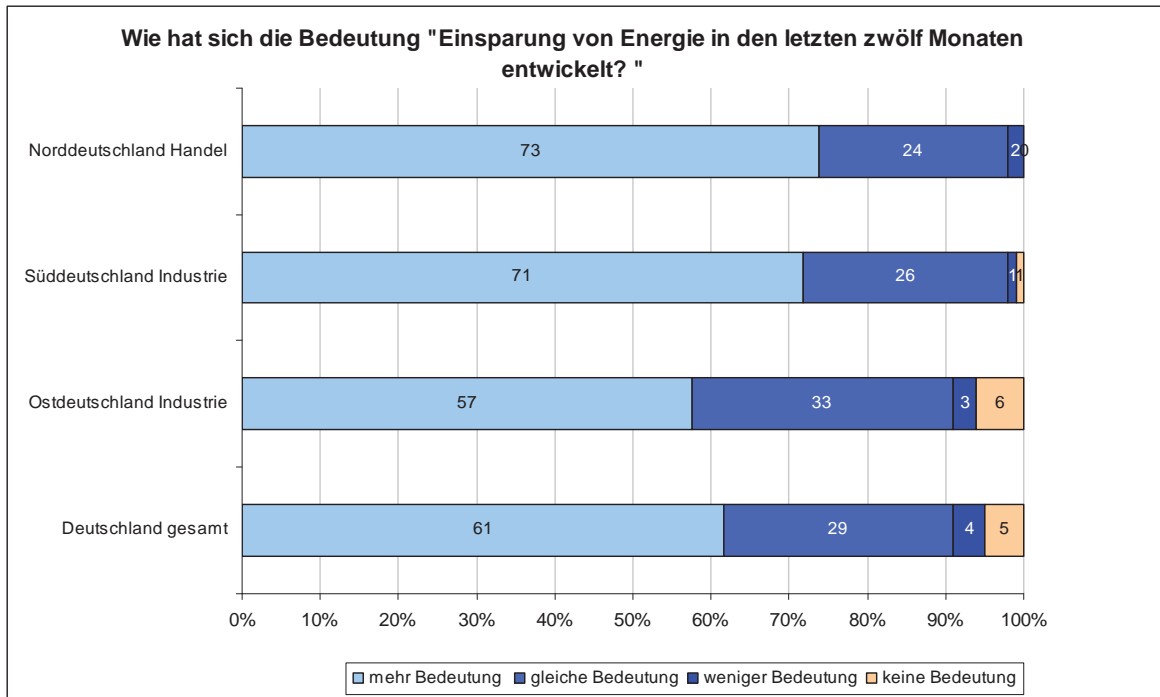


Abbildung 14: Bedeutung Einsparung von Energie nach Branchen und Regionen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Interessanterweise wird die Bedeutung der Einsparung von Energie in Ostdeutschland (59 Prozent) trotz hoher Energieintensität und hohen Problembewusstseins bei den Energiepreisen (vgl. Kapitel 4) am geringsten bewertet. Dies liegt u.a. daran, dass gerade die energieintensiven Unternehmen nach der Wiedervereinigung modernisiert wurden und daher vergleichsweise wenig Potenzial vorhanden ist. Es gibt folglich gute Gründe, warum hohe Energiepreise nicht quasi automatisch proportional zu gleich großen Effizienzanstrengungen und Einsparungen in den Unternehmen führen. Vielmehr sind Informationen und Anreize notwendig, damit bestehende Hürden in den Betrieben übersprungen werden können. Gerade bei energieintensiven Prozessen sind mit dem jetzigen Stand der Technik oftmals weitere Einsparungen aber nicht mehr möglich. Das wird in Ostdeutschland mit seiner im bundesweiten Vergleich energieintensiven Produktion entsprechend zu Buche schlagen.

Dennoch: Mehr als drei Viertel aller Unternehmen (76 Prozent) setzen darauf, Energie in ihrem Betrieb effizient einzusetzen, d. h. den Energieverbrauch absolut oder relativ je Produktionseinheit zu verringern bzw. den Output bei gleichbleibendem Verbrauch zu erhöhen. Dieser Wert liegt auf dem Niveau der Umfrage „Energie und Rohstoffe für morgen“ von Januar 2012 (75 Prozent). Jedes zehnte Unternehmen hat bereits Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz erfolgreich abgeschlossen, über ein Drittel ist aktuell dabei und ein weiteres Drittel plant dies. Vorreiter ist mit weitem Abstand die Industrie: 91 Prozent der Industriebetriebe haben Maßnahmen umgesetzt, sind dabei oder planen dies.

Steigerung der Energieeffizienz: Viele Wege führen zum Ziel

Die Unternehmen greifen auf eine breite Palette von Maßnahmen zurück, die sie teilweise auch parallel durchführen. Zwischen den Regionen gibt es nur marginale Unterschiede, was den Einsatz der verschiedenen Instrumente betrifft. Die mit 76 Prozent häufigste Maßnahme ist Information bzw. Qualifizierung von Mitarbeitern.

Über die Hälfte (54 Prozent) gibt zudem an, Effizienzmaßnahmen in Service-Prozessen und/oder Gebäuden durchzuführen. Knapp 40 Prozent der Unternehmen setzen auf Energie- oder Umweltmanagementsysteme. Diese Zahl ist bereits sehr beachtlich, dürfte aber künftig weiter steigen, da solche Systeme immer mehr Eingang in europäische oder nationale Gesetzgebung finden (Umsetzung Effizienzrichtlinie, Spitzenausgleich bei der Stromsteuer). Auch deshalb sagen 63 Prozent der Industriebetriebe und sogar 72 Prozent der Unternehmen mit mindestens 1.000 Mitarbeitern, dass sie solche Managementsysteme bereits implementiert haben oder die Einführung in Erwägung ziehen.

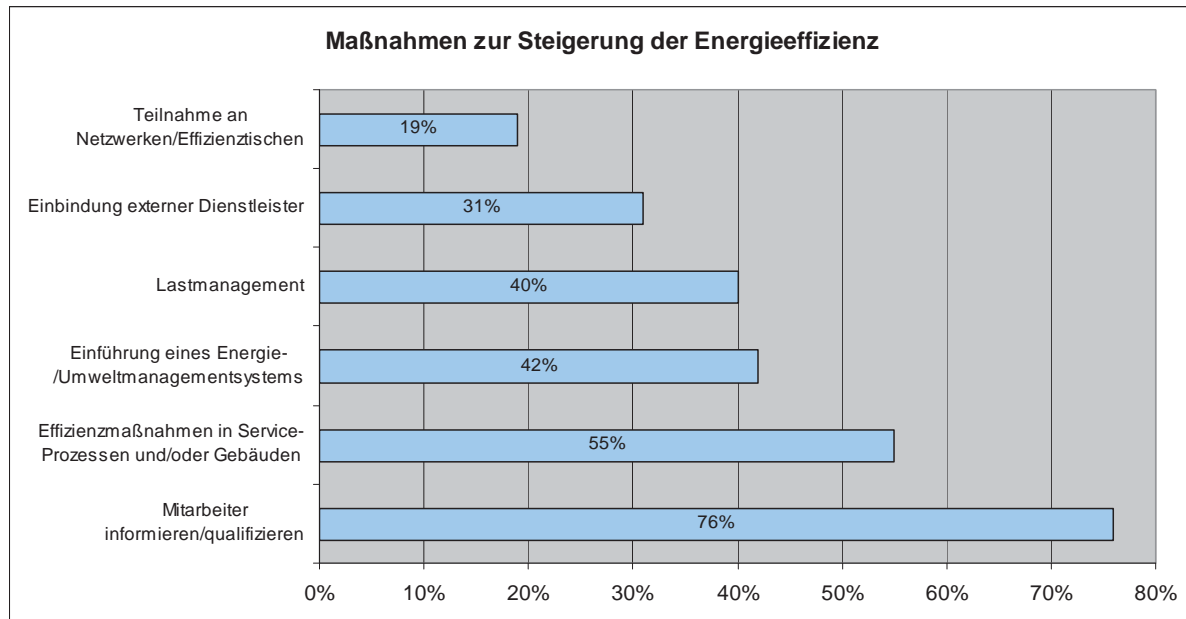


Abbildung 15: Effizienzmaßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Da die Steigerung der Energieeffizienz aber vor allem im eigenen Interesse der Unternehmen liegt, greifen sie zusätzlich auf eine Reihe weiterer Maßnahmen zurück. Dazu zählt die Einbindung externer Dienstleister wie Energieberater oder Contractoren, für die sich knapp 30 Prozent entscheiden. Deutlich über ein Drittel der Unternehmen setzt hingegen beim Betrieb der eigenen Anlagen an und steigert seine Energieeffizienz durch Lastmanagement, d. h. intelligentes Zu- und Abschalten von Anlagen. Auch hier ist die Industrie mit 52 Prozent Vorreiter.

Wichtig ist vielen Unternehmen außerdem der Austausch mit anderen Akteuren: Bereits 18 Prozent nehmen an speziellen Netzwerken für Energieeffizienz oder sogenannten Effizienztischen teil. Je größer die Unternehmen, desto eher sind sie Teil solcher Netzwerke. Interessanterweise besteht ein erheblicher Bruch bei Betrieben ab 500 Mitarbeitern: Größere Unternehmen sind zu rund einem Drittel Teil eines Netzwerks, kleinere Unternehmen zu weniger als einem Fünftel. Zeitlicher Aufwand und Nutzen stehen für diese offenbar selten in einem angemessenen Verhältnis. Ein geringerer Problemdruck mag ebenfalls eine Rolle spielen. Um Effizienznetzwerke für kleinere Unternehmen attraktiv zu machen, ist es sinnvoll, im Rahmen der gemeinsamen „Mittelstandsinitiative Energiewende“ von Bundeswirtschaftsministerium, Bundesumweltministerium, DIHK und ZDH über für die Zielgruppe angepasste Angebote nachzudenken.

Vor allem aber ist die Wirtschaft bereit, für die Steigerung ihrer Energieeffizienz Geld in die Hand zu nehmen. So gaben über die Hälfte der Unternehmen (54 Prozent) an, Investitionen in neue Effizienztechnologien, wie z. B. den Austausch von Elektromotoren oder anderen Komponenten, zu tätigen. Fast 80 Prozent von denen, die sich auch zum Umfang dieser Investitionen geäußert haben, gaben mehr als 10.000 Euro aus und ein Drittel investierte sogar mehr als 100.000 Euro in Effizienztechnologien. Für ein Großunternehmen mag diese Summe gering sein, KMU müssen sich hingegen genau überlegen, ob sie einen solchen Betrag aufbringen können.

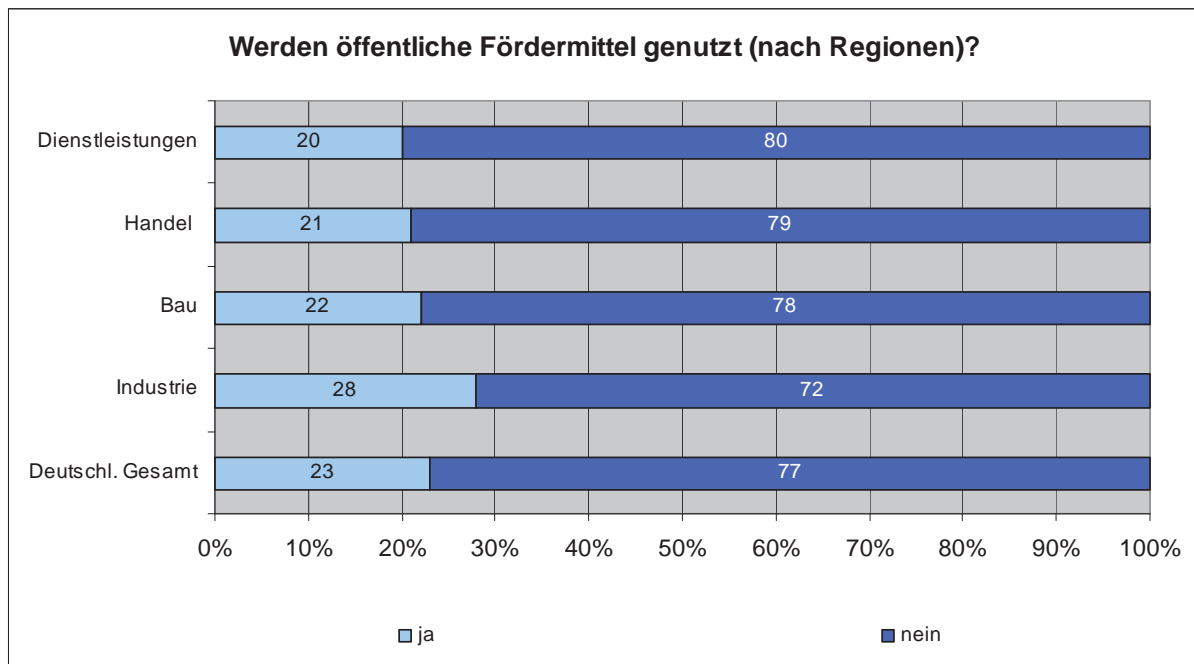


Abbildung 16: Einsatz von Fördermitteln in Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Bemerkenswert dabei ist, dass nicht einmal jedes vierte Unternehmen auf öffentliche Fördermittel oder -programme zurückgreift oder zurückgreifen kann. Da die Energieverbräuche in der Industrie höher sind als in den anderen Branchen, richten sich einige Förderprogramme ausschließlich an diese Gruppe. So nutzen immerhin 28 Prozent der Industriebetriebe Förderprogramme. Dass es nicht mehr Unternehmen sind, wird vor allem an der Beschränkung vieler Programme auf kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) liegen. Nach europäischer KMU-Definition sind dann Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern automatisch ausgeschlossen. Bekanntlich stoßen Zuschüsse für größere Unternehmen bei der EU auf Bedenken unter dem Aspekt unzulässiger, weil wettbewerbsverzerrender Beihilfen. Mangelnde Information über die vorhandenen Möglichkeiten und/oder existierende administrative Hürden verhindern zudem die Inanspruchnahme solcher Programme auch dort, wo die Voraussetzungen für eine Förderung eigentlich vorhanden wären. Viele Programme sind komplex, stellen hohe Anforderungen an die Unternehmen und sind daher mit einem großen bürokratischen Aufwand verbunden. Auch hier können Initiativen wie die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ Abhilfe schaffen.

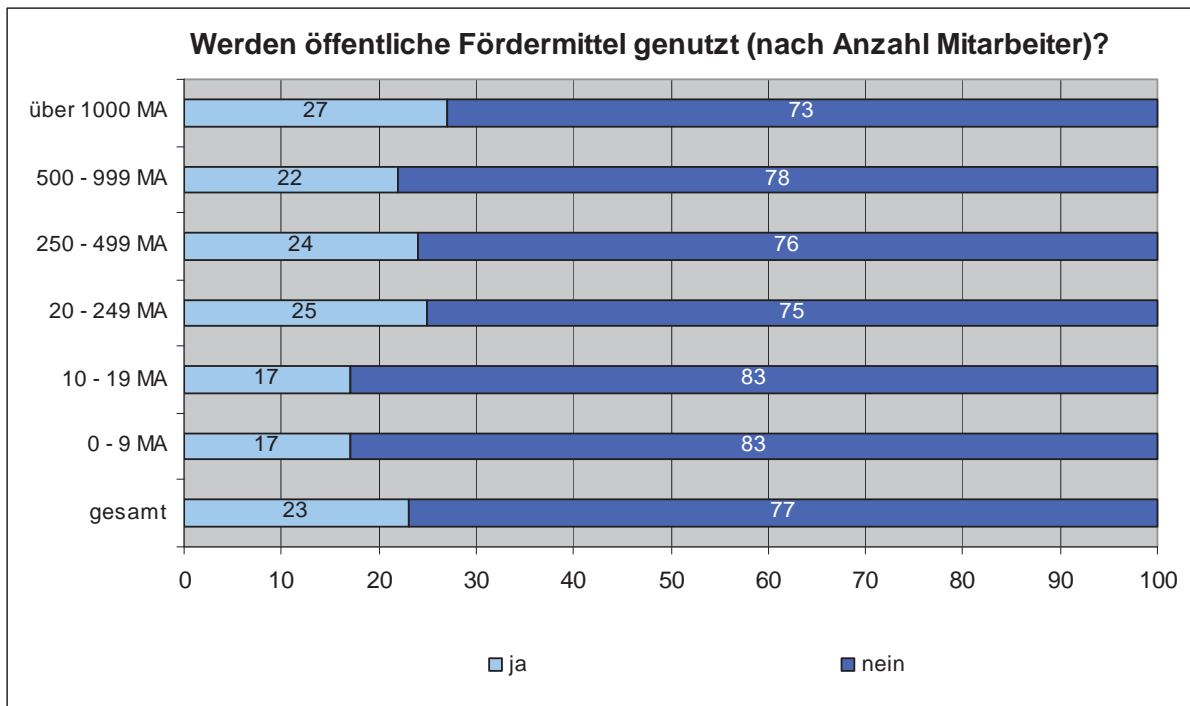


Abbildung 17: Einsatz von Fördermitteln in Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energieeffizienz: Das fordert die Wirtschaft

In vielen Unternehmen bestehen Informationsdefizite und finanzielle Hürden für eine Steigerung der Energieeffizienz. 37 Prozent wünschen sich mehr Beratung und Unterstützungsleistungen für Effizienz (vgl. Kapitel 9). Die mit der Bundesregierung vereinbarte „Mittelstandsinitiative Energiewende“ kann einen wichtigen Beitrag leisten, Informationen in die Fläche zu tragen und Förderprogramme mittelstandsfreundlich zu überarbeiten.

Die große Mehrheit der deutschen Wirtschaft sieht sich selbst als hinreichend kompetent an, den Umgang mit Energie im eigenen Unternehmen auf Basis der Preissignale und unter Berücksichtigung anderer Prioritäten eigenständig zu optimieren. Die Politik ist daher gut beraten, zur Erreichung der Effizienzziele auf die Wirkung des Marktes und vor allem auf das Kostenbewusstsein der Beteiligten zu vertrauen. Flankierend kann sie auf Beratung und Anreize setzen. Die Mehrheit der Betriebe steht strengerer Regulierung daher skeptisch gegenüber. Insbesondere Unternehmen mit 10 bis 499 Mitarbeitern, also der Kern des deutschen Mittelstandes, sieht verschärfte Vorgaben kritisch (82 Prozent). Aufgrund begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen sind für sie gesetzliche Vorgaben und daraus erwachsende Dokumentations- und Nachweispflichten schwerer einzuhalten. Nur jedes fünfte Unternehmen erwartet von Seiten der Politik eine Verschärfung der gesetzlichen Vorgaben für Energieeffizienz. Grund mag hier die Erwartung sein, durch neue Vorschriften Nachfrage nach effizienten Produkten oder einer Beratung in Richtung Effizienzsteigerung zu erzeugen.

DIHK-Forderungen Energieeffizienz

- Keine Verschärfung von Effizienzvorgaben für Unternehmen, insbesondere bei der Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie in nationales Recht
- Entbürokratisierung bestehender Förderprogramme im Bereich Energieeffizienz und Öffnung für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern
- Ausbau von Informationsangeboten und Anreizen gemeinsame mit der Wirtschaft: Die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ bietet hierzu einen Rahmen, der von der Politik genutzt werden sollte

7 Energiewende: Vorteil für Unternehmen im Wettbewerb?

Die Energiewende beeinflusst nicht nur den Umgang der Unternehmen mit Energie, sie prägt auch ihre Ausrichtung im Wettbewerb. Schließlich eröffnen sich durch die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien und die wachsende Bedeutung der Energieeffizienz für viele Betriebe neue Marktchancen.

Alles auf Energieeffizienz?

Auch beim Einkauf von Vorprodukten und bei der Ausrichtung im Wettbewerb setzen die Unternehmen auf Energieeffizienz: Über ein Drittel der Befragten (37 Prozent) plant eine Marktausrichtung auf energieeffiziente Produkte oder Dienstleistungen, hat diese Orientierung bereits vollzogen oder ist gerade dabei, dies zu tun. Je größer die Unternehmen sind, desto stärker richten sie sich auf das Marktthema Energieeffizienz aus: Bei Unternehmen bis neun Mitarbeitern tun dies 28 Prozent, bei den großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern mit 55 Prozent deutlich über die Hälfte. Dass die Energiewende mit ursächlich dafür ist, zeigt sich daran, dass erst rund fünf Prozent der Betriebe solche Maßnahmen bereits abgeschlossen hat.

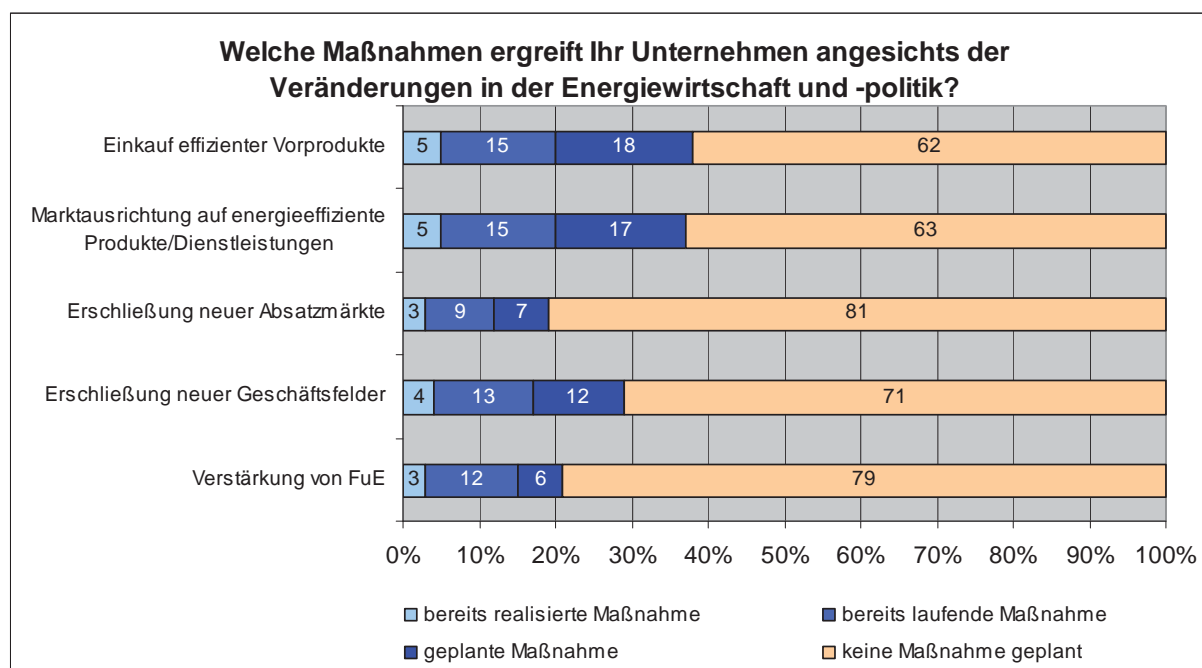


Abbildung 18: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Mit 38 Prozent setzen viele Unternehmen auf den Einkauf effizienter bzw. energiesparender Vorprodukte, was die Ausrichtung vieler Lieferanten auf das Angebot solcher Produkte erklärt. Auch hier haben erst fünf Prozent der Betriebe diese Maßnahme umgesetzt. Wie bei der Marktausrichtung ist auch beim Einkauf effizienter Produkte die Unternehmensgröße ein entscheidender Faktor: Kleine Unternehmen sind mit 25 Prozent beteiligt, während große Unternehmen zu 53 Prozent zumindest in diese Richtung denken.

Die IHK-Energieexperten bewerten die Chancen der Energiewende optimistischer als die Unternehmen: So sieht ein Viertel eine positive oder sehr positive Auswirkung auf

die regionale Wirtschaft, aber 38 Prozent eine negative oder sehr negative. Auf der anderen Seite sehen 77 Prozent der Experten positive oder sehr positive Auswirkungen hinsichtlich der Erschließung neuer Geschäftsfelder und einen Innovationsschub für die regionale Wirtschaft. Die optimistischere Einschätzung rührt daher, dass die Experten eine Betrachtung über alle Unternehmen vornehmen und es in jedem IHK-Bezirk auch Unternehmen gibt, die von der Energiewende profitieren können.

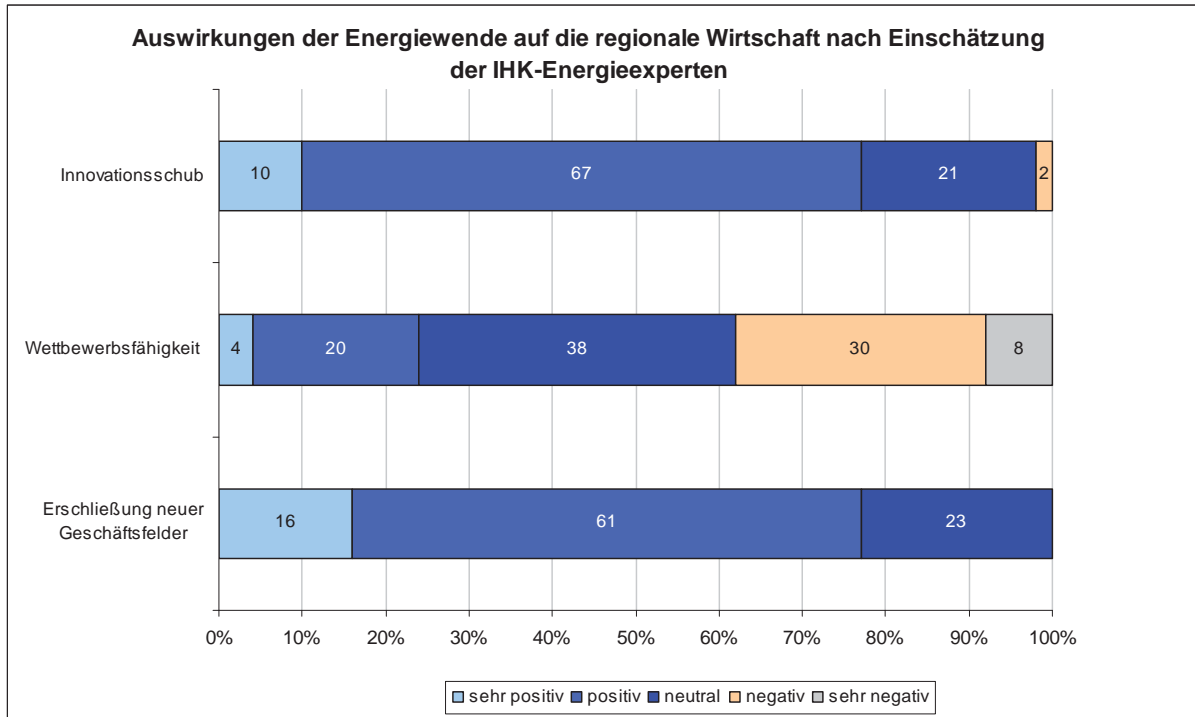


Abbildung 19: Regionale Auswirkungen der Energiewende. Quelle: Befragung der IHK-Energieexperten.

Auch Forschung, Entwicklung und Markterschließung sind gefragt

Um den aktuellen Änderungen rund um das Thema Energie begegnen zu können, setzt ein Fünftel der Unternehmen auf eine Verstärkung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Fast ein Drittel reagiert mit der Erschließung neuer Geschäftsfelder. Einige Unternehmen haben diesen Schritt bereits vollzogen, die meisten sind aktuell dabei, neue Geschäftsfelder zu erschließen, viele befinden sich zurzeit noch in der Planungsphase. Beim Handel sehen nur 15 Prozent neue Geschäftschancen durch die Energiewende, in den anderen Branchen ist es jeweils knapp jedes dritte Unternehmen. Von den Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern sieht derzeit fast die Hälfte der Unternehmen (45 Prozent) neue Geschäftschancen und damit deutlich mehr als in den anderen Größenklassen. Mit 77 Prozent erwarten auch die IHK-Experten positive Auswirkungen der Energiewende auf die Erschließung neuer Geschäftsfelder für die regionale Wirtschaft. Der gleiche Anteil an Experten sieht durch die Energiewende einen Innovationsschub, den Unternehmen für neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsfelder nutzen können.

Angesichts der Energiewende zeigt sich wieder einmal die Exportstärke der deutschen Wirtschaft: Immerhin knapp 20 Prozent der Unternehmen haben neue energiebezogene Absatzmärkte im Ausland erschlossen, sind dabei dies zu tun oder planen es zurzeit. In der Industrie können sich das elf Prozent zumindest vorstellen, 24 Prozent sind dabei und sieben Prozent haben bereits ins Ausland expandiert. Auf-

grund dieser Zahlen ist davon auszugehen, dass die Energiewende für viele Industrieunternehmen auch weltweit Absatzchancen eröffnet, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien, des Anlagenbaus und der Effizienztechnologien. Die deutsche Wirtschaft könnte im Ausland profitieren, insbesondere wenn andere Länder dem deutschen Beispiel folgen. In den Wirtschaftsbereichen jenseits der Industrie sagt hingegen nur jedes zehnte Unternehmen, dass sich durch die Energiewende neue Exportchancen eröffnen.

8 Sechzehn Bundesländer – eine Energiewende?

Das Jahr 2012 war geprägt von Debatten um die Rolle der Bundesländer für eine erfolgreiche Energiewende. Sie unterscheiden sich stark in ihrer strategischen Ausrichtung beim Zubau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten: Auf der einen Seite gibt es eine Reihe von Ländern insbesondere in Norddeutschland, die sich durch den Ausbau erneuerbarer Energien einen verstärkten Stromexport auf die Fahnen geschrieben haben. Auf der anderen Seite gibt es insbesondere in Süddeutschland Länder, die sich so rasch wie möglich mit autark mit erneuerbarem Strom versorgen wollen. Die beiden Strategien passen nicht zusammen, muss es doch für Überschussstrom auch Abnehmer geben. Wenn aber die anderen Bundesländer sich selbst vollständig versorgen, ist für Exportstrom aus dem Norden kein Platz im deutschen Stromnetz. Zwischen den beiden Gruppen stehen auch noch einige Länder, die derzeit keine Autarkie- oder darüber hinausgehende Ziele verfolgen. Eine bessere Koordinierung der Länderpläne ist daher eine Grundvoraussetzung, damit die Energiewende gelingt. Zwei Drittel der Unternehmen mahnen eine bessere Abstimmung untereinander aber auch mit dem Bund an (vgl. Kapitel 9).

Auf dem Jahrestreffen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder Ende Oktober 2012 wurde eine Erklärung verabschiedet, um sich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Energiewende und vor allem dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu verständigen. Diese Erklärung wird jedoch durch eine Protokollerklärung des Freistaats Bayerns⁸ relativiert.

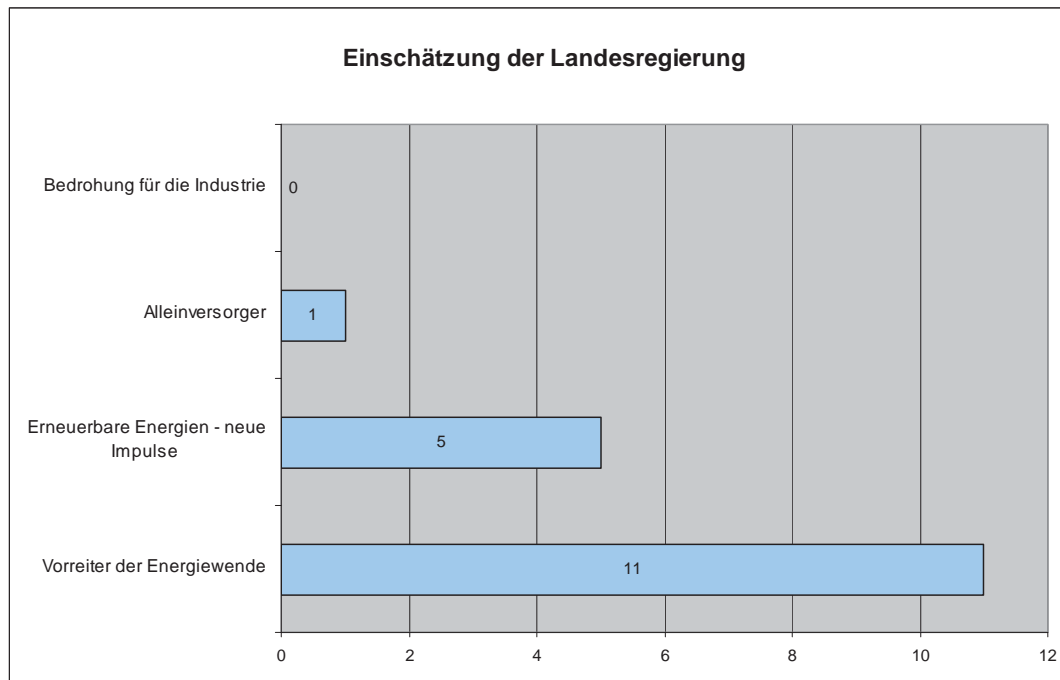


Abbildung 20: Erwartungen der Landesregierungen. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

⁸ „Der Freistaat Bayern sieht keine Grundlage für eine Modifizierung der Ausbauziele der Länder, solange das geltende Recht jedem Betreiber einer Erneuerbaren-Energie-Anlage einen Anspruch auf Netzanschluss, vorrangige Einspeisung und Vergütung verleiht.“

So lange der „Topf“ des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, so wie er ist, allen offensteht, versucht jedes Land, seinen größtmöglichen Vorteil daraus zu schöpfen. Demnach muss weiterhin von 17 Energiewenden ausgegangen werden: Eine im Bund und 16 in den Ländern. Das zeigt sich auch daran, dass sich nach Angaben der Federführer Energie der IHKs elf Länder als „Vorreiter der Energiewende“ sehen.⁹

Die Länder sehen die Energiewende ganz bewusst als Chance: So gibt es in jedem ein eigenes Energiekonzept¹⁰, welches in sieben Ländern nach der Verkündung der beschleunigten Energiewende neu aufgelegt bzw. grundlegend überarbeitet wurde. Davon bleiben lediglich zwei hinter den für Gesamtdeutschland formulierten Zielen zurück, während sich drei Länder die Bundesziele auf die Fahnen geschrieben haben. Dagegen gehen die Ziele in elf Ländern zum Teil deutlich über Bundesziele hinaus. Zusammengerechnet liegen die Ausbauziele für erneuerbare Energien etwa 60 Prozent über den im Energiekonzept festgelegten Bundeszielen. Da sich der Netzausbaubedarf an den Bundeszielen orientiert und die Integration der geplanten erneuerbaren Strommengen derzeit fraglich erscheint, besteht kein Anlass, weitergehenden Länderzielen Applaus zu zollen. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegen 2012 über ihren selbstgesteckten Zielen, während sie in Hessen nicht erreicht werden. Die übrigen Länder liegen entweder ganz oder teilweise im Plan. Elf Länder versuchen mit eigenen Energieagenturen die Energiewende voranzubringen, Sachsen-Anhalt baut gerade eine Agentur auf.

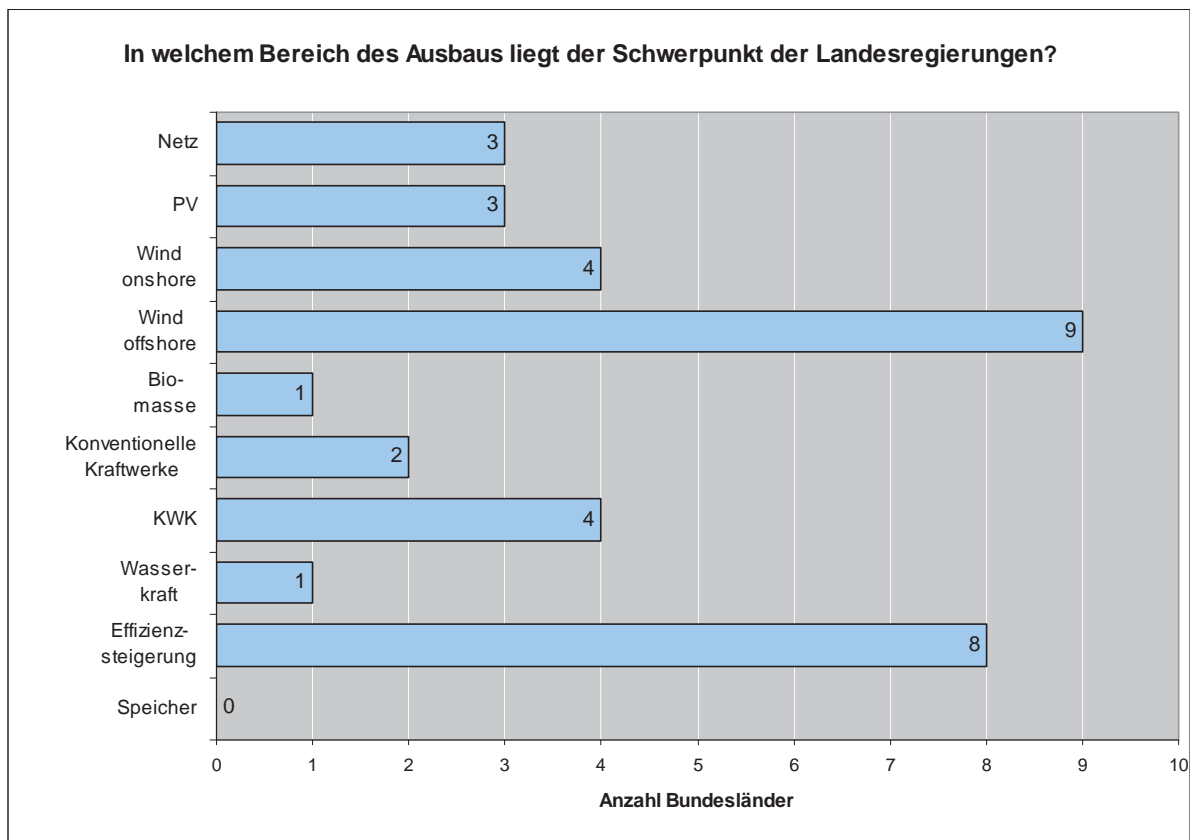


Abbildung 21: Schwerpunkte der Landesregierungen. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

⁹ Die nachfolgenden Äußerungen beziehen sich auf Angaben der 16 Energie-Federführer der IHK-Organisation.
¹⁰ In Rheinland-Pfalz existiert nur eine Roadmap.

Ganz oben auf der Agenda steht in zehn Bundesländern der Ausbau der Windenergie, sei es onshore, sei es offshore. Photovoltaik, Biomasse und Wasserkraft/Pumpspeicher bleiben deutlich dahinter zurück. Immerhin die Hälfte der Bundesländer hat sich das Thema Steigerung der Energieeffizienz auf die Fahnen geschrieben, vier wollen die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ausbauen und zwei konventionelle Kraftwerke. Der für die Energiewende unabdingbare Netzausbau wird hingegen von nur drei Ländern als Priorität eingestuft. Derzeit sind sie für die Genehmigung der Übertragungsnetze zuständig, künftig sollen länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen von der Bundesnetzagentur genehmigt werden. Speicherausbau spielt in keinem Land eine prioritäre Rolle.

Die Energiewende wurde von Anfang an als Gemeinschaftswerk ausgerufen, das nur mit dem Einsatz und Zusammenspiel aller Akteure gelingen kann. Sechs Länder haben sich das zu Herzen genommen und binden die Akteure vor Ort umfassend in ihre Überlegungen ein. Immerhin sieben Länder beteiligen einzelne Akteure. Dagegen beziehen drei Länder die verschiedenen Interessengruppen nur sporadisch ein. Die IHKs werden zwar meist konsultiert, ihre Fachexpertise und Kenntnis der regionalen Wirtschaft allerdings zu selten berücksichtigt. Bürgerinitiativen sind in den meisten Ländern nur wenig konstruktiv, in vier Ländern blockieren sie und sind nicht zur Zusammenarbeit bereit. Hier ist es an der Politik, solche Initiativen noch stärker einzubinden und an den Initiativen, sich als Teil des Projekts Energiewende einbinden zu lassen.

Die Energiewende als „Muntermacher“ für die Erneuerbare-Energien-Branche?

Mit der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien haben viele Regionen die Hoffnung auf neues Wachstum verknüpft. Fünf Länder versprechen sich vom Ausbau der erneuerbaren Energien konkrete Impulse für die regionale Wirtschaft.

Zehn Länder – vorwiegend aus dem Norden und Osten – verfolgen daher eine Strategie zur Ansiedlung der EE-Branche, verstanden als Hersteller, Systemdienstleister oder Zulieferer für erneuerbare Anlagen. Auf einer Skala von 1 (erfolgreich) bis 5 (erfolglos) werden diese Strategien mit einem Durchschnitt von 2,4 bewertet. Die Strategien der Länder sind also nach Einschätzung der IHKs nur teilweise erfolgreich. Die Bewertung wäre sicherlich ohne die akuten Probleme der Solarmodulhersteller aufgrund der starken chinesischen Konkurrenz besser. Dennoch bewerten mehr als 40 Prozent der IHK-Energieexperten die momentane Situation der EE-Branche in ihrem Kammerbezirk positiv oder sehr positiv und nur 13 Prozent negativ oder sehr negativ.

Die weitere Entwicklung der Branche in den kommenden zwölf Monaten wird von den IHK-Federführern Energie ambivalent beurteilt: Zwei Drittel gehen für diesen Zeitraum vom Status quo aus, während sich die Beurteilung besser und schlechter fast die Waage hält. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Ausblick für die Unternehmen der erneuerbaren Branche in ganz Deutschland derzeit gemischt ist.

9 Netzausbau, Kosten, Koordinierung: Daran sollte die Politik arbeiten

Die deutsche Wirtschaft beurteilt die Energiewende derzeit über alle Branchen und Regionen hinweg für ihre Wettbewerbsfähigkeit eher negativ (vgl. Kapitel 3). Die Unternehmen selbst reagieren darauf, in dem sie z. B. die Energieeffizienz steigern, in Eigenerzeugung investieren oder im ungünstigsten Fall die Produktion im Inland einschränken (vgl. Kapitel 4 und 6). Gleichzeitig bietet die Energiewende für bestimmte Branchen Chancen, in neue Geschäftsfelder oder Absatzmärkte im Ausland vorzustoßen (vgl. Kapitel 7). Damit die Energiewende tatsächlich zu einer Chance für die deutsche Wirtschaft wird, liegen noch zahlreiche Aufgaben und Weichenstellungen vor der Politik: Die Top-Forderungen der Unternehmen zielen auf drei Themenbereiche: Bessere Koordinierung der Energiewende, Kostenreduktion und Versorgungssicherheit.

Die Energiewende wird von der Politik als große Chance für den Klima- und Umweltschutz apostrophiert. Viele IHK-Energieexperten teilen diese Einschätzung: 49 Prozent sehen eine positive oder sehr positive Auswirkung auf den Klimaschutz, 44 Prozent auf den Umweltschutz. Allerdings wird die Annahme von einer Mehrheit der Experten hinterfragt: 13 bzw. acht Prozent sehen die Auswirkungen auf Umwelt- und Klimaschutz negativ, bzw. bei 38 Prozent und 48 Prozent halten sich die positiven und negativen Auswirkungen die Waage. Das Argument, dass die Energiewende zu mehr Klima- und Umweltschutz führt, muss daher teilweise kritisch gesehen werden. So können die neuen notwendigen Netze die Umwelt beeinträchtigen. Zudem könnten Unternehmen ins Ausland abwandern und dort unter weniger umweltfreundlichen Bedingungen produzieren.

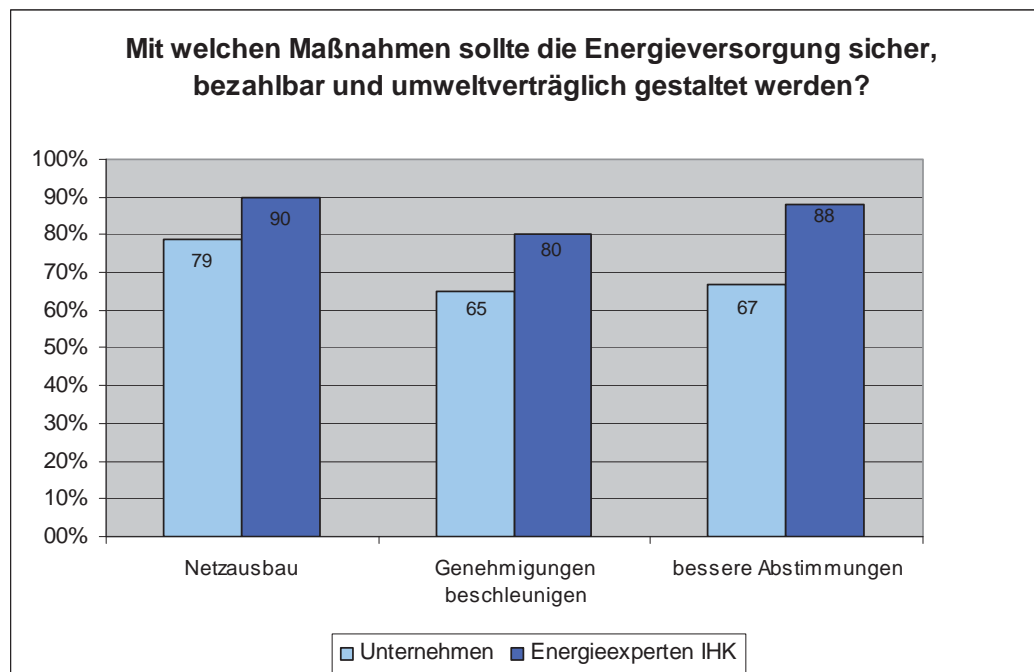


Abbildung 22: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Versorgungssicherheit nur mit neuen Netzen

Versorgungssicherheit ist für die Unternehmen das wichtigste Thema überhaupt: Stromausfälle sind nicht nur lästig, weil sie die Produktion aufhalten, sondern vielmehr auch mit erheblichen Schäden für die Unternehmen verbunden (vgl. Kapitel 5). Folgerichtig fordern knapp 80 Prozent von der Politik, sich stärker für den Netzausbau einzusetzen. Ein zügiger Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze im Strombereich und der Fernleitungsnetze im Gasbereich würde die bestehenden Versorgungsengpässe in Süddeutschland vermindern und Redispatch-Kosten¹¹ senken. Für die IHK-Energieexperten ist der Netzausbau ebenfalls mit deutlichem Abstand die wichtigste Forderung an die Politik.

Ein wichtiger Baustein dafür ist, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Zwar werden die immer wieder im politischen Raum genannten vier Jahre bis zur Aufnahme des Betriebs kaum Realität werden, aber auch eine Halbierung der derzeitigen Zeitspanne von zehn bis zwölf Jahre auf fünf bis sechs Jahre wäre bereits ein gewaltiger Fortschritt. 65 Prozent der Unternehmen und 80 Prozent der IHK-Energieexperten fordern die Politik daher auf, sich für den Netzausbau einzusetzen.

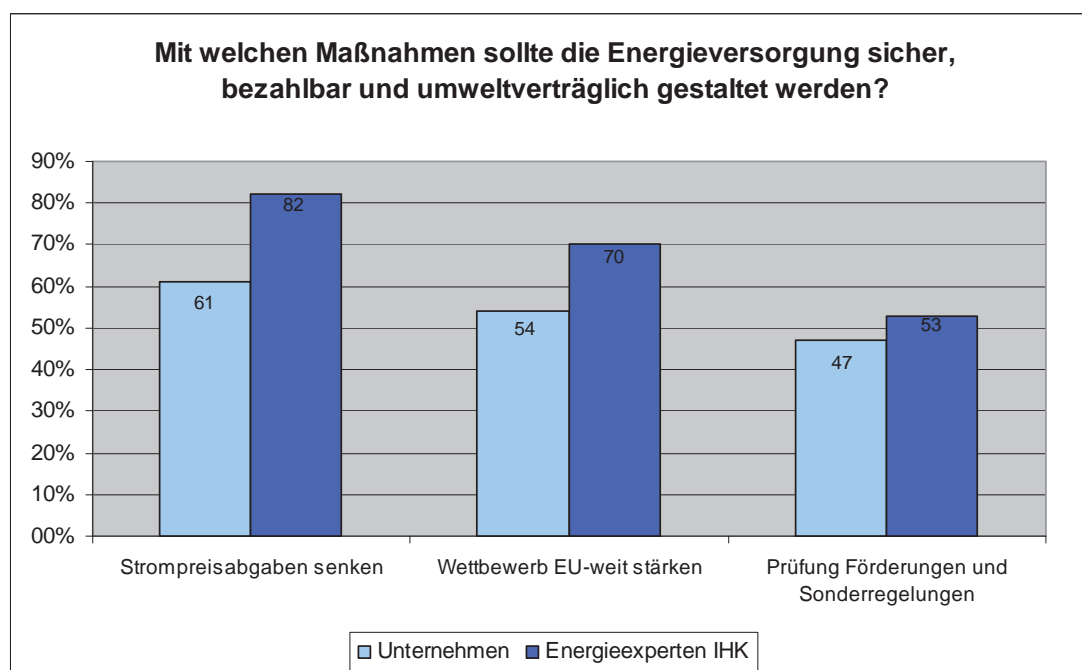


Abbildung 23: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Zur Versorgungssicherheit ist es auch wichtig, den Neubau konventioneller Kraftwerke voranzutreiben, um die fluktuierende Einspeisung erneuerbarer Energien auszugleichen. Dies fordern 43 Prozent der Unternehmen. Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung sollen im Jahr 2050 aber noch 20 Prozent des Stroms aus konventionellen Quellen stammen. Da dann kaum noch ein heute vorhandenes Kraftwerk am Netz ist, müssen Neubauten die bestehende Lücke füllen. Im Moment werden Planungen für fossile Kraftwerke durch Bürgerproteste immer geringere Be-

¹¹ Laut Deutscher Energieagentur ist Redispatch ein „präventiver oder kurativer Eingriff des Übertragungsnetzbetreibers in die Fahrpläne von Kraftwerken, um kurzfristig auftretende Engpässe zu vermeiden oder zu beseitigen.“

triebsstunden und die Diskussion um Kapazitätsmärkte¹² erschwert. Hier ist die Politik gefordert, klare Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Investoren Planungssicherheit haben.

Steuern und Abgaben senken

Zweiter wichtiger Bereich für die deutsche Wirtschaft sind die Kosten. Mit 61 bzw. 82 Prozent erreicht die Forderung nach Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis hinter der Versorgungssicherheit den Silberrang der geforderten Maßnahmen sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Energieexperten der IHKs. Die staatlichen Belastungen der Strompreise sind für Unternehmen und private Haushalte seit der Liberalisierung 1998 von etwa zwei auf über 30 Mrd. Euro gestiegen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Deutschland befindet sich gegenüber anderen europäischen Staaten damit im Hintertreffen. Den Unternehmen fehlen Mittel, um in Energieeffizienz oder neue Produkte zu investieren. Mit der Senkung der Stromsteuer bestünde ein einfacher und schneller Hebel, um den erheblichen Anstieg der EEG-Umlage um 47 Prozent zum ersten Januar 2013 zumindest zu dämpfen.

Am stärksten gestützt wird diese Forderung von Unternehmen mit 20 bis 249 Mitarbeitern (66 Prozent) bzw. 250 bis 499 Mitarbeitern (61 Prozent). Der Befund überrascht aus Sicht des DIHK nicht: Diese Gruppe wird von allen staatlich verursachten Verteuerungen des Strompreises belastet, für Sonderregelungen sind sie in der Regel zu kleine Stromverbraucher oder zu wenig energieintensiv. In regionaler Hinsicht setzt sich insbesondere die ostdeutsche Wirtschaft für diese Forderung ein (67 Prozent) Für fast jedes dritte Unternehmen dort hat die Forderung Priorität. Die regionalen Unterschiede bei Energiethemen zeigen sich auch bei einem Blick auf folgende Daten: Norddeutsche Industrieunternehmen fordern mit 58 Prozent in deutlich geringerem Maße eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis als Betriebe in Ostdeutschland mit 76 Prozent. Daran zeigt sich einmal mehr, dass Chancen und Risiken der Energiewende in Deutschland ungleich bewertet werden und Belastungen ungleich verteilt sind.

¹² Grundsätzlich sind verschiedene Versionen eines Kapazitätsmarktes möglich. Gemeinsam ist ihnen, dass die Vorhaltung von Kraftwerksleistung vergütet wird, unabhängig ob das Kraftwerk auch tatsächlich Strom erzeugt.

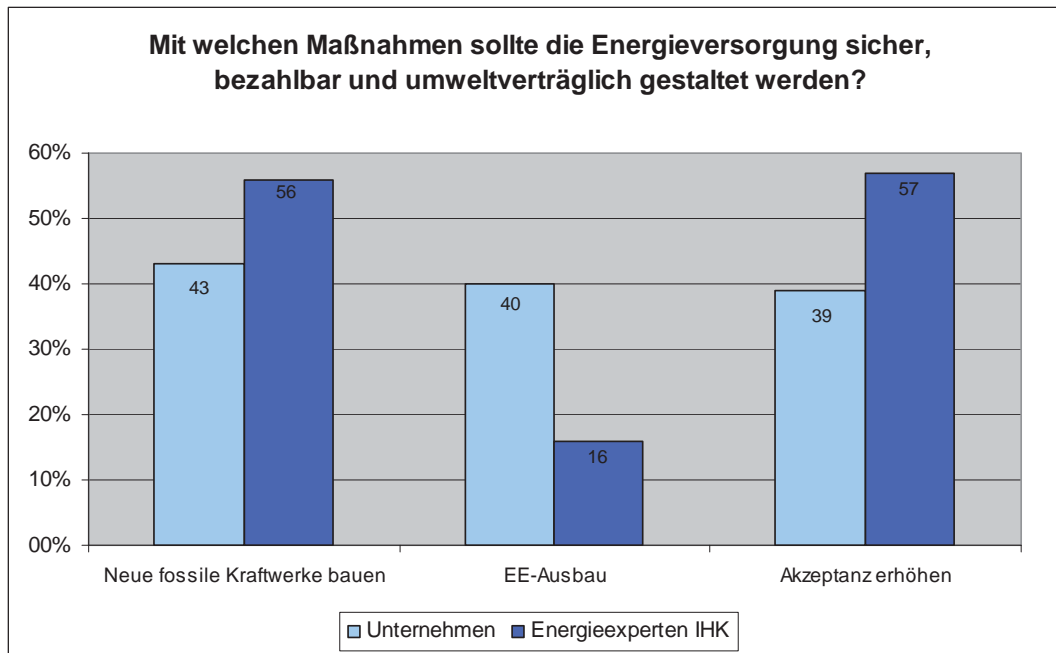


Abbildung 24: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Ein weiteres Mittel zur Dämpfung der Preise ist der Ausbau des grenzüberschreitenden Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt. Das fordern 54 Prozent der Betriebe. Die IHK-Energieexperten halten mit 70 Prozent diese Maßnahme für wichtig. Deutschland ist über sog. Grenzkuppelstellen mit den meisten europäischen Anrainern direkt verbunden. Allerdings bestehen immer noch Lücken in der Infrastruktur, so dass die physische Voraussetzung eines ungehinderten Wettbewerbs in der EU noch nicht vollständig gegeben ist. Die Politik sollte sich daher für einen raschen Infrastrukturausbau einsetzen, aber auch für eine bessere Abstimmung der Energiepolitiken in den 27 Mitgliedstaaten der EU, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu garantieren. Vorhandene Strukturen in den Nachbarländern müssen beachtet und kooperativ einbezogen werden. Zur Dämpfung der Preise gehört auch, Fördertatbestände etwa bei den erneuerbaren Energien und Sonderregelungen wie bei der EEG-Umlage regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Mit 47 Prozent fordert das immerhin fast jedes zweite Unternehmen.

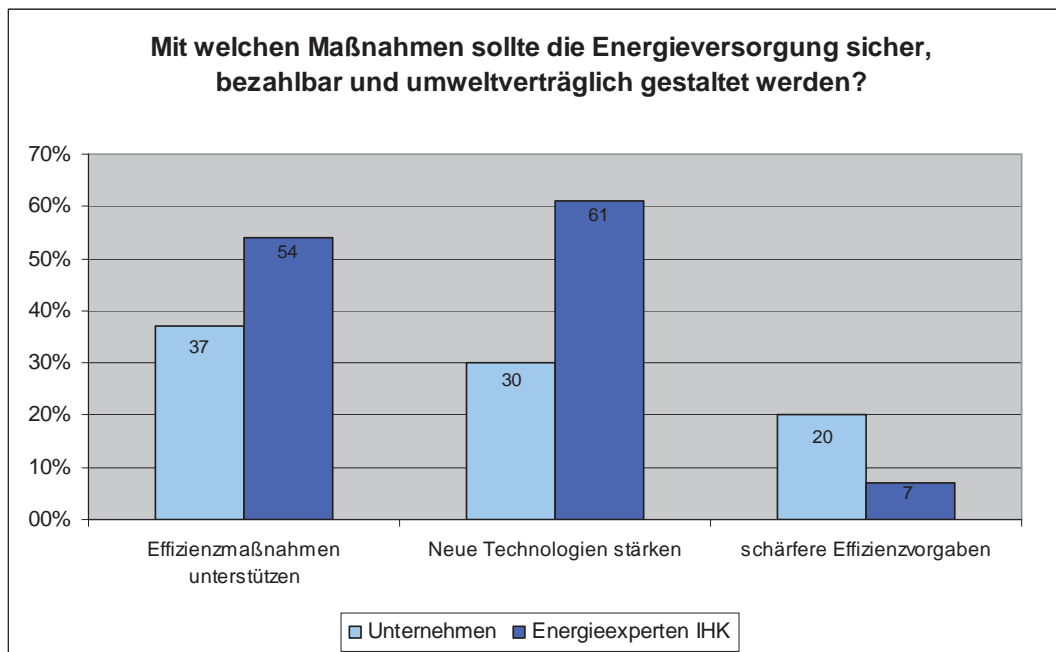


Abbildung 25: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Koordination der Energiewende verbessern

Zwei Drittel der Unternehmen haben derzeit den Eindruck, dass die Abstimmung der politischen Ziele und Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung aber auch zwischen den Bundesländern sowie zwischen Bund und Ländern verbessert werden muss (vgl. Kapitel 8). Die IHK-Experten sehen mit 89 Prozent die Forderung als noch wichtiger an. Dies hängt sicherlich mit dem Erleben vor Ort zusammen, dass es auch innerhalb der Landesregierungen oft knirscht. Ein Nebeneinander sich widersprechender Ziele und Maßnahmen steht einer effizienten Umsetzung der Energiewende entgegen. Sie wird dadurch für die Unternehmen und privaten Haushalte unnötig teuer. Die Politik ist aufgerufen, die Energiewende als apostrophiertes Gemeinschaftswerk anzugehen. Die deutsche Wirtschaft steht bereit, ihren Beitrag z. B. durch die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ zu leisten.

Effizienzsteigerungen sind Sache der Unternehmen

Im Bereich der Energieeffizienz helfen den Unternehmen eher Beratung und Unterstützung von Seiten der Politik (37 Prozent) als gesetzliche Vorgaben für Energieeffizienz (20 Prozent). Diese Meinung wird von den Energieexperten der IHKs mit 54 bzw. sieben Prozent geteilt bzw. ist bei ihnen die Präferenz eines freiwilligen Ansatzes bei der Energieeffizienz noch ausgeprägter. Der Umgang mit Energie ist ureigenste Aufgabe des Managements eines Unternehmens und nicht der öffentlichen Hand. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie sollte daher kosteneffizient und so in nationales Recht umgesetzt werden, dass den Unternehmen Wahlfreiheit bleibt, mit welchen Maßnahmen sie Energie sparsamer einsetzen wollen. Die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ sensibilisiert und hilft den Unternehmen, sorgsam mit dem Einsatz von Energie umzugehen.

Nicht zuletzt...

Die Energiewende gelingt nur, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben wird. Zwei von fünf Unternehmen halten das für wichtig (vgl. Abbildung 24). Die norddeutschen Unternehmen stehen mit 47 Prozent stärker hinter dieser Forderung. Dort versprechen sich viele Betriebe vergleichsweise gute Chancen für ihre Produkte (vgl. Kapitel 7). In Ostdeutschland sagen dagegen lediglich 31 Prozent der Unternehmen, dass der EE-Ausbau vorangetrieben werden sollte. Das überrascht nicht: Hat doch der starke Zubau der EE hier zu spezifisch höheren Netzentgelten geführt als in den westdeutschen Bundesländern.

Ebenfalls zwei von fünf Unternehmen fordern, die Akzeptanz für den Umbau der Energieversorgung zu erhöhen (vgl. Abbildung 24). Neue Leitungen, Kraftwerke und Windräder stoßen immer wieder auf Akzeptanzprobleme vor Ort. Die Politik ist aufgerufen, gemeinsam mit der Wirtschaft für die Umsetzung von Infrastrukturprojekten vor Ort zu werben.

... Fortsetzung folgt

Die Liste der Forderungen an die Politik ist lang, es gibt noch viele Baustellen beim Projekt Energiewende. Das ist auch nicht überraschend: Der komplette Umbau des deutschen Energiesystems kann nicht von heute auf morgen gelingen, sondern braucht Zeit. Die Zeit muss aber sinnvoll genutzt werden: Versorgungssicherheit und Kosten sind drängende Probleme für die deutsche Wirtschaft! Deshalb ist es wichtig, das Projekt Energiewende mit einem stringenten Projektplan durchzuführen und den Prozess genau zu beobachten. Nur so können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und behoben werden. Dieses erste IHK-Energiewende-Barometer ist ein Warnsignal: Der Barometerwert von -12,5 muss steigen, ansonsten wird die Energiewende kein Erfolg.

Deshalb bleibt die IHK-Organisation dran: Sie wird jedes Jahr ein Energiewende-Barometer erstellen und Unternehmen sowie IHKs nach ihren Einschätzungen befragen. Defizite bei der Umsetzung der Energiewende sollen regelmäßig ebenso klar benannt werden wie Fortschritte und Erfolgsmeldungen. Außerdem belässt es die IHK-Organisation nicht bei der Beobachtung und Bewertung. Vielmehr sind die IHKs in den Regionen auf vielfache Weise selbst aktiv, um Unternehmen zu helfen und Infrastrukturprojekte voranzubringen. Deshalb hat die IHK-Organisation gemeinsam mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt sowie dem Handwerk die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ gegründet. Ziel ist es, die Kommunikation der Themen in Richtung Mittelstand zu verbessern und gemeinsame neue Angebote zur Hilfe und Unterstützung zu entwickeln. Wenn Bund, Länder und Wirtschaft konstruktiv zusammenarbeiten und gemeinsam immer besser werden wollen, dann kann das Gesellschaftsprojekt Energiewende tatsächlich gelingen und Deutschland wirklich energiepolitisches Vorbild für andere Staaten sein!